

Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik
Wortprotokoll
9. Sitzung

Berlin, den 12.11.2007, 13:00 Uhr,
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus,
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1,
Sitzungssaal: 2.600

Vorsitz: Doris Barnett, MdB

Öffentliche Anhörung
zu dem Thema

**"Wie gestaltet sich eine zukunftsgemäße Regionalförderung
im Spannungsfeld europäischer und nationaler Aufgaben"**

Teilnehmer

1. Gerold Eger, Regierung der Oberpfalz, Bereich Wirtschaft, Landesplanung, Verkehr
2. Dr. Astrid Ziegler, Wissenschaftlerin im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler Stiftung
3. Roland Gießelbach, Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern, Hauptsitz Schwerin
4. Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Institut für Wirtschaftswissenschaften
5. Georg Werckmeister, Deutsches Innovationsforum
6. Carsten Hansen, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Referatsleiter Wirtschaftspolitik, Tourismus, Regional- und Strukturpolitik, Konversion, Verkehr
7. Dr. Mirko Titze, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Abteilung Strukturökonomie

Beginn der Sitzung: 13:00 Uhr

Die **Vorsitzende**: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie alle zunächst ganz herzlich begrüßen zu unserer öffentlichen Anhörung im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie. Gegenstand unserer heutigen öffentlichen Anhörung ist das Thema: „Wie gestaltet sich eine zukunftsge-
mäßige Regionalförderung im Spannungsfeld europäischer und nationaler Aufgaben?“ Die von den Verbänden und Einzelsachverständigen abgegebenen Stellungnahmen liegen Ihnen auf den Ausschussdrucksachen 16(9)872 und 16(9)874 vor.

Zum Ablauf der heutigen Anhörung darf ich folgende Erklärung geben: angewandt wird bei dieser öffentlichen Anhörung das sogenannte Berliner Verfahren. Dabei sind aus pragmatischen Gründen zwei Befragungsrunden vorgesehen. Für jede Befragungsrunde steht jeder Fraktion eine bestimmte Befragungszeit zur Verfügung und zwar abhängig von der Fraktionsstärke. Innerhalb des Ihnen zustehenden Zeitkontingents können die Fraktionen die Sachverständigen befragen. Dabei wechseln die Fragesteller je nach Frage, d. h. eine Frage eine Antwort, ab und geben dann an Ihre Kollegen weiter. Um die Zeit möglichst effektiv zu nutzen, wäre es natürlich sinnvoll, nicht noch einmal Ihre Stellungnahmen vorzutragen, die haben wir.

Ich möchte heute in unserem Kreis ganz herzlich begrüßen Herrn Gerold Eger, von der Regierung der Oberpfalz, Bereich Wirtschaft; Landespflege und Verkehr und von der Hans-Böckler-Stiftung Frau Dr. Astrid Ziegler. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund ist mit Herrn Carsten Hansen vertreten, Herr Roland Gießelbach kommt vom Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern aus Schwerin, Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué kommt von der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg vom Institut für Wirtschaftswissenschaften, Herr Georg Werckmeister kommt vom Netzwerk für Innovationen und Herr Dr. Mirko Titze kommt vom Institut für Wirtschaftsforschung aus Halle. Herzlich Willkommen, allen unseren Sachverständigen. Wir hätten noch einen zusätzlichen Sachverständigen, er hat sich zusätzlich gemeldet, er wird allerdings seine Stellungnahme schriftlich abgeben Herr Prof. Dr. Hartke. Die erste Befragungsrunde geht zunächst an Fraktion der CDU/CSU. Herr Lämmel.

Abg. Andreas Lämmel (CSU/CSU): Frau Vorsitzende, ganz herzlichen Dank auch an die Damen und Herren Sachverständigen.

Ich fange mit einer Frage an, die für mich sehr interessant ist, zumal ich aus den neuen Bundesländern komme. In den neuen Bundesländern hat die GA-Förderung, die Regionalförderung, in den letzten 17 Jahren eine sehr bedeutsame Rolle gespielt. Ich möchte Herrn Dr.

Titze fragen: wenn man sich die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft und die sektorale Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern ansieht, dann wird ja immer die Entwicklung in den alten Bundesländern als Referenzmaßstab herangezogen. Man vergleicht also immer im Prinzip, wie ist die sektorale Struktur im Westen, wie ist sie im Osten? Man misst dann daran, wie die Entwicklung in Ostdeutschland verlaufen ist. Da ist der Befund auch immer, das ist klar, das kann man deutlich erkennen, dass die zukunftsfähigen Wirtschaftszweige in Ostdeutschland im Gegensatz zu denen in Westdeutschland deutlich unterrepräsentiert sind. Wenn man die wirtschaftswissenschaftliche Literatur oder verschiedene Ausarbeitungen zu diesem Thema verfolgt, wird dies oftmals kritisiert als die Anmaßung von Wissen. Ich würde Sie jetzt mal fragen, als Wirtschaftswissenschaftler, was spricht im Grunde für diese Vergleichsgrundlage, denn wir müssen ja sehen, wo ist denn eigentlich das Level des Erfolgs und worin bestehen die wesentlichen Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland und in den alten Bundesländern? Vielleicht als ergänzende Frage, welche alternativen Wirtschaftsstrukturen sind denn aus Ihrer Sicht für Ostdeutschland denkbar, die genauso zukunftsfähig sein könnten, wie die in den alten Ländern? Dann würde ich noch eine Frage stellen wollen an Herrn Prof. Dr. Paqué, auch zur Frage der Zukunftsfähigkeit. Wenn man sich in der GA auskennt, das ist auch in den Stellungnahmen deutlich beschrieben, gibt es die sogenannten Positivlisten. Die gibt es einerseits im Bereich der GA und die gibt es auch im Bereich der europäischen Förderung. Einige Bundesländer, das kann man auch nachlesen, nehmen über die GA-Positivliste hinaus eine weitere grundsätzliche Einschränkung der Förderfähigkeit durch landesspezifische Regelungen vor. In welchen Bereichen nehmen einzelne Länder diese sektorale Fokussierung vor und wie beurteilen Sie das, dass auch innerhalb Deutschlands trotz eines gemeinsamen Rahmenplans GA, in den Ländern doch unterschiedlich gefördert wird?

Die **Vorsitzende**: Zunächst geht die Beantwortung an Herrn Dr. Titze, bevor Herr Prof. Dr. Paqué die Fragen beantwortet.

SV Dr. Mirko Titze (Institut für Wirtschaftsforschung Halle): Ich möchte beginnen mit der ersten Frage, die Sie stellten. Wir ziehen für die Beurteilung, ob die Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland - wenn man so will - tragfähig ist oder nicht, als Bewertungsmaßstab häufig die Strukturen in den alten Bundesländern heran. Sie haben da nicht ganz Unrecht, wenn man sagt, das ist eine gewisse Anmaßung von Wissen. Das Problem ist, man braucht einen Vergleichsmaßstab und es ist der, der auch der politischen Diskussion entstammt. Letztendlich hat das seine Gründe im Grundgesetz. Dort wird die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefordert und daher nehmen wir als Bewertungsmaßstab die Wirtschaftsstruktur in Westdeutschland. Sie haben auch Recht, dass die Analysen zeigen, dass zukunftsfähige Wirt-

schaftszweige in Ostdeutschland – ich will das mal so nennen – noch unterrepräsentiert sind. Bei dieser Messung gibt es allerdings die eine oder andere Tücke. Wir verwenden für die Analysen häufig die Klassifikation der Wirtschaftszweige, wie sie in der sogenannten Nace-Klassifikation verwendet wird. Diese Klassifikation bildet bestimmte neue, wenn man so will, Technologiefelder gar nicht ab. Wenn Sie z. B. die Solartechnologie, die Biotechnologie, die Mikrosystemtechnik und die Nanotechnik nehmen, da bilden sich mittlerweile in Ostdeutschland erfreuliche Kerne heraus. Dazu ist beispielsweise bei uns im Hause eine Studie von Prof. Dr. Martin Rosenfeld entstanden zu Branchenschwerpunktorten. Diese Branchenschwerpunktorte hat dann auch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in seinem Raumordnungsbericht im Jahr 2005 aufgegriffen. Da zeigt sich schon, dass dort erfreulich Fortschritte zu verzeichnen sind, bloß, die kann man eben nicht messen, weil die in der Statistik nicht erfasst werden. Deshalb müssen wir, wenn man so will, auf diese umständliche Methode zurückgreifen.

Ihre zweite Frage ging denn dahin, was soll man denn nun eigentlich tun in Ostdeutschland? Es ist, so denke ich, unstrittig, dass Ostdeutschland weiter eine Sonderrolle in der Fördergebietskulisse innehaben sollte. Wobei man aber auch dazu sagen muss, dass die Situation Ostdeutschlands kein homogenes Bild gibt, sondern dass wir ein vielmehr sehr heterogenes Bild haben. Die Ergebnisse zeigen, dass es in Ostdeutschland mittlerweile sogar dynamische Wachstumsregionen gibt. Dazu gehört beispielsweise die Arbeitsmarktregion Dresden, die hat sich sehr erfreulich entwickelt und kann sich mittlerweile mit den westdeutschen dynamischen Wachstumsregionen messen. Aber zurück zu der Frage, was soll man nun eigentlich tun? Da geht die Diskussion heute in die Richtung, dass man sagt, wir sollten die Fördermittel konzentrieren auf potentielle Wachstumskerne. Die Diskussion ist angestoßen worden von Klaus von Dohnanyi und Edgar Most im Gesprächskreis Ost. In unserer Forschung am Institut haben wir diese Überlegungen aufgegriffen. Wir arbeiten beispielsweise in einem aktuellen Gutachten für das BBR daran und untersuchen, ob diese Politik oder diese Konzentration wirklich tragfähig ist. Denn da steht die Überlegung, dass wirtschaftlich schwache Regionen gar nicht unbedingt Verlierer einer Konzentration von Fördermitteln sein müssen, sondern, dass Abstrahlungseffekte diesen Fördermittelverlust ausgleichen können, wenn nicht sogar kompensieren können.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg): Ich kann direkt anknüpfen an der differenzierten Entwicklung, die sich in Ostdeutschland herauschält. Wir haben in Ostdeutschland in der Tat eine Reihe von Clustern oder neuen industriellen Kernen, die sich zum Teil, aber nur zum Teil, aufgrund von traditionellen Schwerpunktsetzungen gebildet haben. Wenn ich z. B. an Sachsen-Anhalt denke, dort ist die Chemieindust-

rie natürlich wieder zu einem Wachstumspool geworden, auch der Maschinenbau wächst in verschiedenen Bereichen wieder kräftig, aber es gibt daneben völlig neue Gebiete, die es früher überhaupt nicht gab. Solartechnik wurde im Raum Bitterfeld-Wolfen genannt. Insofern könnte ich die Holzindustrie für die Altmark auch noch nennen. Damit hat vor einigen Jahren niemand gerechnet, dass sich in diesem Bereich verstärkt hochmoderne Unternehmen ansiedeln würden. Insofern halte ich es für außerordentlich sinnvoll, wenn Landesregierungen diesen Prozess der regionalen Spezialisierung beobachtend, auch entsprechende Schwerpunkte setzen, die allerdings oft nicht in einer sehr langfristigen Planung vorweggenommen werden können. Wenn heute in Sachsen-Anhalt natürlich die Solarzellenherstellung ein Schwerpunkt geworden ist und in der Forderung positiv ins Visier genommen wird, um hier einen Cluster zu stärken, dann ist das das Ergebnis einer Entwicklung, die man vielleicht vor einigen Jahren nicht vorhersehen konnte. Ich erinnere daran, dass damals Q-Cells das Unternehmen, das in aller Munde ist, von Berlin nach Bitterfeld ging. Das war eine Entwicklung, die konnte man damals in der Tat nicht voraussehen. Also durchaus positive Schwerpunktsetzung aber in einer offenen Form.

Abg. Albert Rupprecht (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an Herrn Eger. Sie sind seit Jahrzehnten im Fördervollzug bei der Regierung der Oberpfalz tätig und haben in dieser Tätigkeit mitbekommen, wie sich der ostbayerische Grenzraum von der Landwirtschaftsregion zur industrieller Produktion mit Glas und Porzellan entwickelt hat und jetzt in der letzten Phase nach der Osterweiterung mit erheblichen Strukturbrüchen und auch Strukturwandel zu tun hat.

Deswegen an Sie die Frage, zunächst zur positiven Wirkung der Regionalförderung im Ablauf der letzten Jahre oder sogar Jahrzehnte, die Sie überblicken können. Wie war die Wirkung auch in Hinblick auf die Abgrenzung zu europäischen Regionalfördermitteln und europäischen Strukturfonds? Wie ermitteln und messen Sie diese Wirkung? Darüber hinaus die Frage, gibt es Ihrer Einschätzung nach aus der Praxis Änderungsbedarf?

Zweite Frage zum europäischen Beihilferegime, wenngleich Sie seit sieben Jahren ein Beihilferegime haben, gibt es auf europäischer Ebene Diskussionen für die neue Ausrichtung über das Beihilferegime und darüber hinaus. Deswegen die Frage an Sie, wie die beihilfrechtlichen Grundsätze über die reine GA-Förderung hinaus wirken insbesondere bezogen auf den Einsatz der europäischen Mittel und bezogen auch auf den Einsatz der Landesmittel?

Die dritte und letzte Frage betrifft die aktuelle Situation, das aktuelle Antragsvolumen, die Finanzmittelausstattung. Ohne Zweifel werden wir der wirtschaftlichen Nachfrage wohl kaum hinterher kommen mit der Fördermittelausstattung, weil wir keine Verdoppelung und Vervielfachung

fachung des Titels bekommen werden. Wir können froh sein, wenn wir keine Reduzierungen bekommen. Ich möchte Sie bitten, kurz aus der praktischen Tätigkeit heraus zu skizzieren, wie Sie im Augenblick mit der Diskrepanz der Anträge, die eingehen, dem Bedarf, der gegeben ist, und dem, wie die Gelder ausreichen und wenn es hier Änderungsbedarf gibt, den hier auch kurz zu formulieren.

SV Gerold Eger (Regierung der Oberpfalz): Wenn man die Entwicklung in Ostbayern, ich beschränke mich aus naheliegenden Gründen auf Ostbayern, weil dort die Fördergebiete liegen. Wenn man diese Entwicklung die letzten 30 bis 40 Jahre verfolgt hat, dann sieht man ganz deutlich, wie sich aus einem Armenhaus Deutschlands - der frühere Landkreis Roding war tatsächlich an letzter Stelle in Deutschland - wie sich daraus eine blühende Landschaft entwickelt hat. Dies trifft nicht in allen Gebieten Ostbayerns zu, weil dazu wiederum die Struktur zu unterschiedlich ist. Aber wenn man sich vor Augen führt, wo die meisten Fördermittel eingesetzt worden sind, wie sie eingesetzt worden sind und mit welchem Ergebnis, dann kommt man ganz eindeutig zu der Auffassung, dass diejenigen Firmen stabil sind, die es immer wieder verstanden haben, auch mit dem Förderinstrumentarium gut umzugehen bzw., dass es auch der Verwaltung gelungen ist durch entsprechende Auswahl der zu fördernden Firmen. Man fördert nicht gleichmäßig über das ganze Land hinweg, sondern differenziert sehr stark nach verschiedenen Gesichtspunkten. Ist es gelungen, hier sehr stabile Verhältnisse zu schaffen, dort wo sich der Mittelstand sehr stark ist. Wo wir immer noch Probleme haben, das sind diese Gebiete, in denen Monostruktur geherrscht hat oder immer noch herrscht, oder, wo die Monostruktur weggebrochen ist und dadurch entsprechende Lücken entstanden sind, die sich noch nicht geschlossen haben. Wir haben solche Gebiete im Norden der Oberpfalz, im Bayerischen Wald und auch in Oberfranken, weil dort Porzellan, Glas und die Textilindustrie sehr stark weggebrochen sind und der Strukturwandel noch in vollem Gange ist. Man sollte sich von der Vorstellung verabschieden, dass so etwas innerhalb von 5 oder 10 Jahren aufgefangen werden kann. Das ist ein Prozess, der sich über Jahrzehnte hinziehen kann, aber zu Schluss ergibt sich dann eine vielleicht doch sehr positive Entwicklung. Wir differenzieren auch sehr stark, was die Vergabe der Fördermittel anbelangt, in den einzelnen Landesteilen. Wir sind z. B. nicht der Auffassung, dass die Zentren zusätzlich noch gefördert werden sollten, weil dann nämlich die Mitnahmeeffekte sehr stark zunehmen würden.

Zu Ihrer zweiten Frage, Herr Rupprecht, die GA ist die Grundlage der ganzen Förderpolitik in Bayern. Wir nehmen die GA-Vorschriften als Grundlage unserer gesamten Förderpolitik natürlich in den GA-Gebieten insbesondere. Aber auch in den Nicht-GA-Gebieten, die noch als Fördergebiet gelten können, sind die GA-Vorschriften die Grundlage der Förderung, also

auch, wenn dort eigentlich andere Fördervorschriften eingesetzt werden könnten. Es ist dort immer noch so, dass wir weitgehend auf der Grundlage der GA-Vorschriften vorgehen. Wir haben im Jahr 2005 in den GA-Gebieten rund 160 Mio. Euro Investitionen gehabt. Wir haben im Jahr 2006 in den GA-Gebieten rund 200 Mio. Euro an Anträgen mit Investitionen gehabt. Wir haben im Jahr 2007 in den GA-Gebieten knapp 500 Mio. Euro, also die Verzweieinhalbfachung kann man sagen, des Investitionsvolumens gehabt. Die GA-Ausstattung 2006 lag bei 15 Mio. Euro für Ostbayern, im Jahr 2007 wird sie ungefähr bei rund 20 Mio. Euro liegen, während aber die Gesamtausstattung der Regionalfördermittel in Bayern im 2007 alles in allem EFRE, Ziel II usw. ungefähr bei rund 60 Mio. Euro Mitteln liegt, so dass die GA zwar vom Mittelvolumen her eine untergeordnete Rolle spielt, aber nicht von den Vorschriften her. Die GA ist praktisch die Grundlage für alles, was wir in der Regionalförderung in Ostbayern tun. Wir sind immer ein bisschen in Schwierigkeiten durch die Tatsache, dass die GA auf eine gewisse Jährlichkeit, also auf Haushaltsjahre hin ausgerichtet ist. Das macht uns deswegen Schwierigkeiten, weil wir am Anfang des Jahres die entsprechenden Fördermittel erst nach einigen Monaten zugewiesen bekommen und am Schluss des Jahres relativ früh abschließen sollen, d. h. wir haben immer eine gewisse Zeit zwischen rund gerechnet November bis März, in denen wir unsere Unternehmen, unsere Antragsteller, vertrösten müssen und Vertrauen einfordern müssen von den Leuten, die uns dann allerdings schon kennen und die wissen, dass dieses Vertrauen auch gerechtfertigt ist. Das ist ein ganz entscheidender Punkt bei der Vergabe der Mittel. Wir können nicht übers Jahr hinweg agieren und da wäre es uns z. B. ein großes Anliegen, dass man ähnlich wie in den EU-Bereichen die Mittel nicht nur auf ein Jahr zur Verfügung stellt, sondern dass man eine gewisse Mittelausstattung für mehrere Jahre bereitstellt, ob das zwei, drei oder fünf Jahre sind, mag dahingestellt bleiben, aber dass man eine bessere Dispositionsmöglichkeit über einen längeren Zeitraum hin hat. Das wäre uns ein sehr großes Anliegen.

Abge. Rita Pawelski (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Werckmeister. In Ihrer schriftlichen Antwort habe ich das Gefühl, dass Sie für eine Leuchtturmpolitik plädieren. Sie weisen auf die Erfahrungen der Wolfsburg AG hin. Die Stadt Wolfsburg liegt ja nicht im Fördergebiet, trotzdem stellen Sie eben die Wolfsburg AG hier als beispielhaft heraus. Können Sie bitte erklären, was in diesem Fördergebiet anders war und wie weit hat die Wolfsburg AG von Europamitteln, EFRE-Mitteln, GA-Mitteln profitieren können und gibt es solche Projekte auch in den neuen Bundesländern?

Meine zweite Frage geht an Herrn Gießelbach. Sie beantworten die Frage 8 und weisen da auf die geografische Ausstrahlung von Agglomerationsräumen hin. Sie hätten eine Ausstrahlung, die um 100 Kilometer liegt. Woher stammt diese Angabe und wie begründen Sie dies?

Ist das irgendwo berechnet worden? Das hat ja auch etwas mit Leuchtturmpolitik zu tun, wie weit die Ausstrahlungskraft liegt. Können Sie uns das begründen?

SV Georg Werckmeister (Deutsches Innovationsforum): Leuchtturmpolitik, das kann sozusagen auch zwei regionale Aspekte haben. Entweder auf das ganze Land bezogen oder auf die Region, von der wir sprechen. Ich weiß nicht, wie Sie das gemeint hatten. Ich kann versuchen, es in beiden Varianten zu beantworten.

Abge. Rita Pawelski (CDU/CSU): Sie weisen in Ihrer Stellungnahme auf die Wolfsburg AG hin und bringen das beispielhaft hervor, obwohl Wolfsburg nicht im Förderbereich der GA liegt. Warum haben Sie das getan? Kann das ein Beispiel auch für andere Bereiche sein und gibt es so etwas zum Beispiel in den neuen Bundesländern?

Georg Werckmeister (Deutsches Innovationsforum): Ich fange der Einfachheit halber mit dem letzten an, im Raum Wernigerode gibt es ein solches Beispiel, das dort auch hervorragend funktioniert hat. Ich muss über Wolfsburg vielleicht mal allgemein politisch sagen, dieses Modell ist damals mit entstanden im Zuge der Hartz Reformen. Es ist leider in der Öffentlichkeit fast überhaupt nicht bekannt und das ist auch ein Motiv, warum ich das hier in den Vordergrund gestellt habe, weil es meines Erachtens verdient hat bekannter zu werden, denn es war damals die Diskussion, wir wollen nicht nur Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern vor allem Arbeit für die, die jetzt arbeitslos sind. Dafür hat man dieses Modell geschaffen. Wolfsburg war damals durch eine Monostruktur gekennzeichnet mit einer Arbeitslosigkeit von 17,2 %. Die hat man dadurch lindern können.

Wenn ich jetzt die erste Interpretation Ihrer Frage zunächst als Antwortbasis wählen darf, dann muss ich sagen, in dieser Region ist keine Leuchtturmpolitik gemacht worden, sondern man ist sehr flächendeckend an alle herangetreten, die dort ansässig sind, hat sie miteinander vernetzt und hat darüber hinaus dann noch von anderswo welche angeworben. Von Wolfsburg abgesehen, jetzt auf andere Regionen ist es bisher faktisch so etwas wie eine Leuchtturmpolitik, die überhaupt nicht daran orientiert ist, ob das ein strukturschwaches oder strukturstronges Gebiet ist. Obwohl, mit einer gewissen Automatik natürlich, die schwächeren wie Gelsenkirchen z. B. Weserbergland oder Wernigerode ins Auge gefasst worden sind. Ich hoffe, ich habe damit auch den zweiten Teil Ihrer Frage beantwortet. Von seiner Eignung her, ist dieses Vorgehensmodell völlig unabhängig geeignet für Regionen ob sie strukturschwach oder ob strukturstrong sind.

Abge. Rita Pawelski (CDU/CSU): Teil meiner Frage war ja auch, welche Förderung hat die Region Wolfsburg erhalten? EFRE-Mittel, die liegen ja nicht im GA-Fördergebiet drin.

SV Georg Werckmeister (Deutsches Innovationsforum): Meines Wissens ist das allein aus Mitteln der Volkswagen AG und der Wolfsburg AG geleistet worden. Aber, wenn man es weitertreiben will, wofür ich und die Leute, die dafür eintreten, plädieren, dann wäre für die GA, vor allem, nachdem sie jetzt Kooperationsnetzwerke und Clustermanagement in ihre Förderfähigkeit einbezogen hat, jetzt die Möglichkeit gegeben, und dafür plädiere ich, es nun auch in anderen Regionen zu machen. Es ist damals vor allem auch sehr stark die Politik vom Land Niedersachsen gewesen, die das unterstützt hat. Dann ist das Fördern nach Dortmund ausgeweitet worden, jeweils auch durch die Bemühungen der Politik.

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Bei den Begriffen Wachstumskerne, Metropolregionen, Leuchtturmpolitik habe ich tiefe Sorgen. Was ist eigentlich gemeint damit? Wenn man sich das Land Mecklenburg-Vorpommern ansieht und es etwa aus der Sicht Europas anschauen würde, aus der Adlerperspektive, kann ich keine Metropolregion erkennen in diesem Land, denn unsere größte Stadt hat 200.000 Einwohner und heißt Rostock. Die zweitgrößte Schwerin, ist schon eine Kleinstadt mit unter 100.000 Einwohnern. Mir machen diese doch akademischen Begriffe tiefe Sorgen. Wenn ich das aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern sehe, dann kann man natürlich sagen, dass Rostock aus unseren regionalen Verhältnissen eine Metropolregion ist. Die GA ist mit zwei entscheidenden Grundsätzen anzuwenden. Der eine Grundsatz ist, Wachstum zu schaffen. Der zweite Grundsatz ist, auch Beschäftigung zu schaffen. Auch dies macht tiefe Sorgen in der akademischen Beurteilung, wenn man den Anspruch verfolgt, besonders viele und ausschließlich nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen, und wir mit diesem Instrument keine Arbeitsplätze schaffen können für Leute mit geringer Ausbildung. Wenn wir beide Zielkonflikte aneinander binden, so werden wir immer einen erheblichen Teil der Mittel anwenden, um besonders nachhaltiges, auch etwas Ingenieurwissenschaftliches, etwas Hochwertiges in der Produktion zu haben. Aber wir werden nach wie vor nicht aus dem Auge lassen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine Beschäftigung mit relativ geringer Ausbildung machen. Das ist das Thema.

Jetzt zu dem Thema: 100 Kilometer. Wir haben beobachtet, aus der Diskussion der Pendlerverflechtungen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass das Grenzwerte sind, Arbeit- und Beschäftigungsverhältnisse aufzunehmen. Das wird natürlich in dem flächengroßen Land eine Bedeutung haben, aber darüber hinaus wird es abbrechen. Wir kennen das wegen der Pendlerverflechtung aus Westmecklenburg nach Lübeck und Hamburg, nach Stettin

und umgekehrt sind die noch nicht so ausgeprägt. Das wird sich entwickeln und ebenfalls nicht in die Region Berlin. Wir halten also eine solche Grenze für wahrscheinlich, dass sie auch zukünftig abnehmen wird, wenn es möglich ist, Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen.

Abg. Robert Hochbaum (CDU/CSU): Ich will noch einmal ganz kurz auf Herrn Dr. Titze eingehen. Auch er hat von der Ausstrahlungsfunktion der Wachstumskerne gesprochen. Auch damals war seine Einschätzung, wie wird das von Ihrem Institut eigentlich definiert, dieser Wachstumskern, Cluster oder Metropolregion. Gibt es da Unterschiede? Wie sind die Grenzen ungefähr zu sehen und kann man sich nicht auch einen Zusammenschluss von kleineren Einheiten, von kleineren regionalen Kernen vorstellen, die dann die Funktion eines solchen größeren Wachstumskerns übernehmen.

SV Dr. Mirko Titze (Institut für Wirtschaftsforschung Halle): Sie haben insofern Recht, es gibt keine oder bisher keine einheitlich gültige Definition oder akzeptierte Definition im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Ich weiß nicht Herr Prof. Dr. Paqué, ob Sie das ähnlich sehen, wie man Wachstumskerne, regionale Cluster industrielle Cluster, wie auch immer man das bezeichnen mag, identifizieren soll. Da streitet man sich sozusagen noch. Wir hatten das im ersten Versuch für eine Studie entwickelt anhand von Kriterien, nämlich erstens, wie sich die Bruttowertschöpfung in einem Raum entwickelt, zweitens, wie sich die Erwerbstätigenzahl entwickelt und haben danach geschaut, welche Muster haben diese Regionen dann. Können wir strukturelle Muster erkennen? Das ist alles noch im Entstehen, also die Forschung hat da noch keine abschließenden Ergebnisse gezeigt. Was Sie meinten mit: gibt es nicht kleine Räume, die sich zu einer großen Region zusammenschließen können, so etwas ist denkbar. Es kommt dann auch immer darauf an, was man für die Analyse als regionale Ebene wählt, ob man auf der NUTS-3-Ebene bleibt, das sind dann die Kreise, oder geht man eben höher sind die Arbeitsmarktregionen nach GRW oder geht man noch eine Ebene höher, landet man bei den NUTS-2-Regionen. Das ist dann auch immer eine Frage der Analysetiefe. Wie gesagt, ich kann nur noch betonen, wir sind dabei und bisher kann man – leider – so schlimm das ist, noch keine abschließenden Erkenntnisse dazu präsentieren.

Die Vorsitzende:

Damit ist die erste Fragezeit der Fraktion der CDU/CSU beendet, Wir kommen zur SPD-Fraktion, Herr Wistuba und dann Frau Wicklein.

Abg. Engelbert Wistuba (SPD): Der Sachverhalt ist folgender: Bund und Länder entscheiden über die Durchführung und Förderung insgesamt. Dabei ergeben sich – das können die Länder frei entscheiden –, ob sie sachliche oder regionale Schwerpunkte setzen. Wir hatten in Sachsen-Anhalt nun den Fall, Herr Prof. Dr. Paqué, dass der Ausschluss des Bäcker- und Konditoreihandwerks, aus der Förderung rückgängig gemacht wurde. Hintergrund war, Sie wissen das, Sie lachen schon, ich sehe das, weil eine Erweiterungsinvestition in Thüringen stattfand und nicht in Sachsen-Anhalt und darauf hin sah man sich genötigt, diese Sache wieder rückgängig zu machen. Mich würde nun interessieren, ob die allgemeine Meinung dahingehend liegt, dass man sagt, eigentlich wäre eine Abstimmung der Förderinhalte und Förderinstrumente sinnvoller, obwohl die Länder letztendlich zuständig sind, dass man das im Vorfeld in eine gewisse Regelung untereinander findet unter den Bundesländern. Teilen Sie meine Meinung oder sehen Sie das völlig anders?

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg): Das ist eine sehr tiefgründige Frage, die an diesem Beispiel sehr schön demonstriert werden kann. Ich will den Fall noch einmal kurz schildern. Es geht um Großbäckerei Klemme in Eisleben, die wiederholt gefördert wurde mit unterschiedlichen Produktionslinien. Ein Unternehmen übrigens, das keineswegs auf lokale Märkte beschränkt ist, das sogar international die Backwaren vertreibt. Es ist also, wenn man so will, eine Backfabrik, keine Bäckerei, in dem Sinne. Es zeigt sich an diesem Beispiel wunderbar, wie eine Vorabüberlegung durch die Realität obsolet wird. Plötzlich stellte man fest, als dieser Fall auftauchte und die Förderung eben beschränkt war, die nächste Produktionslinie hatte die Firma Klemme dann an einem anderen Ort in Nordhausen (Thüringen) aufgebaut, ist inzwischen aber wieder nach Sachsen-Anhalt zurückgekehrt, das zeigt sich daran, dass eben das Kriterium der Überregionalität des Absatzes heutzutage im Zuge der Globalisierung selbst in Bereiche hineingreift, die traditionell eher als lokale Produktionslinien angesehen wurden. Interpretiert man diese Entscheidung aus dieser Sicht, ist sie absolut vernünftig, denn ein im internationalen Vergleich Backwarenmarkt tätiges Unternehmen exportiert, schafft damit eine Wertschöpfungs- und Beschäftigungsbasis in der Region. Das ist übrigens auch hochinnovativ in dem, was es anbietet in diesem konkreten Fall. Es gibt also keinen Grund Bäckereien gewissermaßen auf die gleiche Stufe zu stellen, ich formuliere es etwas überspitzt, wie Frisöre, die eindeutig ein lokales Gut produzieren. Das zeigt die Gefahr, wenn man a priori allzu harte Grenzen setzt, was die Branchendefinition betrifft. Ärgerlich ist natürlich – und da komme ich zum zweiten Teil Ihrer Frage – wenn, wie in diesem Fall die offene Schlacht des Subventionswettbewerbs um einzelne Unternehmen tobt und das Ergebnis natürlich – ähnlich wie bei der Ausrüstung – bei der Rüstungsspirale ist, dass man sich gegenseitig bis an die Höchstfördergrenze konkurriert, so dass die Unternehmen extrem günstige Verhandlungspositionen ha-

ben. Das wird sich in der Praxis nie ganz vermeiden lassen, aber es wäre in der Tat wünschenswert, dass man sich in solchen Fällen, zwischen den entsprechenden zuständigen Ministerien stärker abstimmt. Ich mache mir allerdings keine Illusionen, dass das besonders einfach ist. Denn es ist eine Art Kartellabsprache. Jeder ist sich, was Arbeitsplätze angeht, der Nächste. Jeder muss allerdings auch bedenken, wenn er allzu aggressiv in diesem Bereich vorgeht, dass das nächste Mal, man sieht sich ja immer zweimal im Leben, auch bei solchen Wettbewerben, dass aus einem anderen Land dann auch nicht kooperativ gehandelt wird. Das zu einer Problematik, die natürlich äußerst schwierig ist.

Abge. Andrea Wicklein (SPD): In Ihren Stellungnahmen wird die aktuell politische Debatte auch sichtbar: sollte man die Fördermittel auf sogenannte Wachstumskerne auf Pole konzentrieren oder eher nicht? Die Stellungnahme der Hans-Böckler-Stiftung, Frau Dr. Ziegler, ist sehr eindeutig. Sie sagen, keine Konzentration auf Pole. Auch die Stellungnahme des Deutschen Städte- und Gemeindebundes unterstreicht diese Position und sagt, die Wirkung der Förderung ist auf dem Land höher als in Ballungsräumen. Ich möchte Ihnen beiden deshalb eine Frage stellen und zwar, wie kann Ihrer Auffassung nach ein Auseinanderdriften der Regionen angesichts der Herausforderung der demographischen Entwicklung, aber auch der Globalisierung verhindert werden, wenn Sie die Konzentration auf Wachstumspole ablehnen, d. h. welche Konzepte schlagen Sie da vor? Eine ergänzende Nachfrage noch an Herrn Hansen. Sie haben in Ihrem Papier auch vorgeschlagen, Regionen mit demographischen Veränderungen in Form von mehr modularer Infrastruktur zu fördern, also eine modulare Infrastruktur zu ermöglichen. Vielleicht können Sie auch diesen Gedanken hier noch einmal inhaltlich untersetzen.

Sve Dr. Astrid Ziegler (Hans-Böckler-Stiftung): Das Thema Förderung von Metropolregionen war eben auch schon angesprochen worden und es ist gesagt worden, das basiert darauf, dass es zu Ausstrahlungseffekten kommt, die dann eben ins Umland in die Nachbarkreise ausstrahlen. Die Vorredner haben auch schon das Ganze für Ostdeutschland als Entwicklungsmodell skeptisch angesehen. Ich will da vielleicht nur noch einmal kurz erwähnen, dass auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Situation in seinem Jahresgutachten 1999 und 2000 für Ostdeutschland sieben potentielle Wachstumspole identifiziert hat. Das sind die üblichen Städte wie Dresden Leipzig, Halle, Chemnitz, Erfurt, Jena und Berlin. Zwei Jahr später wurde in dem Fortschrittsbericht zur Entwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland dieses Konzept untersucht. Das DIW hat in diesem Gutachten festgestellt, dass die zugewiesene Wachstumspolfunktion von diesen Großstädten noch nicht erfüllt worden waren und in absehbarer Zeit auch nicht erfüllt werden. Parallel dazu hat das DIW auch eine vergleichende Analyse für westdeutsche Wachstums-

pole gemacht und auch für 11 Großstädte diese Theorie untersucht und auch für Westdeutschland sind keine nennenswerten Effekte ermittelt worden. Ihre Frage zielt auch darauf hinaus. Was schlage ich denn eben auch vor? Die Empirie zeigt uns, dass das Wachstums-polmodell im Moment nicht möglich ist, weil es eben zu keinen Ausstrahlungseffekten kommt. Die Wachstumsdynamik in den Großstädten ist sogar in Westdeutschland noch nicht so stabil, dass es da zu nennenswerten Ausstrahlungseffekten kommt. Ich schlage dann eher vor, dass man eben an der traditionellen Regionalpolitik festhält und im Grunde genommen auch die strukturschwachen Regionen fördert und es nicht zu einer Vermischung kommt, zwischen strukturschwachen und starken Regionen, wie wir das bisher in Ostdeutschland auch haben.

SV Carsten Hansen (Deutscher Städte- und Gemeindebund): Wir glauben, dass ein Auseinanderdriften der Regionen dann stattfindet, wenn man diesem Wachstumspol oder der Leuchtturmprojektideologie verstärkt nachgeht. Wenn also die Starken gestärkt werden, statt die Stärken zu stärken. Wir haben das gerade schon gehört, eine, ich glaube Sie waren es Herr Eger, eine Förderung der Zentren geht immer einher mit der Gefahr, dass es Mitnahmeeffekte gibt, d. h. das konzentriert wird, wo eine Konzentration nicht erforderlich ist. Wir haben von Herrn Gießelbach gehört, da komme ich dann auf die Frage der Pendlerbeziehungen und der Ausstrahlung zurück. Was heißt eigentlich Ausstrahlung? Ich habe mir erlaubt, das in zwei, drei Fragen noch einmal nachzufragen. Was verstehen wir unter Ausstrahlung? Herr Gießelbach hat schon zutreffend gesagt, er geht davon aus, dass die Länge der Pendlerwege zurückgeht, wenn es vor Ort Arbeitsplätze gibt. Ist ja auch eine ganz logische Schlussfolgerung aus unserer Sicht. Deshalb denken wir, dass eine Regionalförderung, die eben Potentiale fördert, die Stärken, aber nicht Stärke fördert, die dazu beiträgt, vor Ort in den Regionen auch in den strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze zu schaffen und damit auch eine größere Kohäsion, wenn man so will, schafft und ein Auseinanderdriften vermeidet.

Die zweite Frage, die Sie gestellt haben, Richtung demographische Veränderungen. Was verstehen wir unter modularer Infrastruktur? Modulare Infrastruktur kann man natürlich nicht in jedem Falle und überall einsetzen. Wir haben allerdings einige Infrastrukturbereiche die netzgebunden bisher ausgebaut wurden, ich denke an die Wasser- Abwasserstruktur. In den ostdeutschen Ländern hat es da in der Anfangszeit bedauerliche Fehlentwicklungen gegeben. Wir glauben, dass wenn man für einzelne Regionen eine Bevölkerungsvorausschau machen kann relativ zuverlässig, und weiß, dass man eine netzgebundene Infrastruktur, wie man es bisher gemacht hat, kaum wird aufrecht erhalten können, weil die Nutzer einfach enorme Mengen an zusätzlichen Belastungen auf sich nehmen müssen, die teilweise so hoch sind, dass sie es selber nicht tragen können und dann wieder öffentliche Unterstützung

des Bundes, der Länder - wie auch immer – in Anspruch nehmen müssen, dass man dann schauen muss, ob wir nicht herunterkommen von den Standards, die wir uns in den letzten Jahren geschaffen haben und neue Techniken, im wahrsten Sinne des Wortes finden, um Infrastruktur dort anzubieten, wo man sie braucht, wo eben Leute wohnen. Ein Beispiel ist auch hier ein offensichtliches mit der Kleinkläranlage, die bekannt ist, die selbstverständlich für eine Abwasserbeseitigung genauso geeignet ist wie zentrale Anlagen. Ich muss einschränkend sagen, das geht natürlich nicht, wenn Sie gleichzeitig noch in größerem Maße gewerbliche Betriebe beispielsweise vor Ort haben, die eine spezielle Behandlung erforderlich machen. Das sind dann auch nicht die Regionen, die voraussichtlich unter Bevölkerungsverlust leiden werden. Das können Sie auch übertragen auf andere Infrastrukturen, die nicht leitungsgebunden sind, soziale Infrastrukturen meinetwegen, sei es die Schule oder sei es die Ärzteversorgung, da gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Der Kernansatz ist eben, dass man den Regionen eine Eigenverantwortung übergibt, natürlich auch, was die Infrastrukturausstattung angeht.

Die **Vorsitzende**: Ich komme zurück auf das, was Herr Eger am Anfang gesagt hat und möchte die beiden Herren Werckmeister und Gießelbach fragen. Herr Eger, sprach davon, dass man in Bayern über 30 bis 40 Jahre praktisch investiert hat, um jetzt da zu sein, wo man ist. Deswegen die Frage an Sie beide als Sachverständige: wie lange ist bei Ihnen langfristig? Was würden Sie sagen, wie lange das gehen soll? Ich sage das auch, weil hier natürlich Vertreter des Finanzministeriums anwesend sind, die da immer auf dem Geld sitzen, damit die auch planen können. Das wäre die erste Frage.

Zweitens würde mich interessieren, ob Sie auch dafür plädieren würden, die GA-Mittel ähnlich wie die EU-Mittel längerfristig zu gewähren, also, dass man eher sagen kann, da habe ich Planungssicherheit für die nächsten fünf oder sechs Jahre, dass man hier auch Perioden einführen sollte. Wobei ich natürlich weiß, dass der Bundeshaushalt jährlich verabschiedet wird und man selten die Möglichkeit hat, dass man so langfristig plant? Die Frage ist, ob das Sinn machen würde. Dann würde mich noch interessieren, zur Frage 12: gut bezahlte Arbeit. Da war es für mich doch sehr verblüffend, die Antwort vom Deutschen Städte- und Gemeindebund zu lesen, dass nämlich die Vergabe von Fördermitteln nicht an die Frage der tariflichen Bezahlung geknüpft werden solle, das ist die eine Seite. Die andere Seite ist natürlich dann die Hans-Böckler-Stiftung, die genau das Gegenteil sagt und zwar, wenn man schon staatliche Gelder in die Hand nimmt, dann soll das auch Sinn und Zweck machen und wir sollen dann nicht wieder unterbezahlte Arbeitsplätze anschaffen. Angesichts der Lissabon-Strategie, was könnten Sie denn da raten bei der Vergabe von solchen Mitteln? Sollte man

da ein größeres Auge auf die Arbeitsbedingungen haben oder sogar vorschlagen, Mindestarbeitsbedingungen inklusive Mindestlöhne dann für diese Vergabegebiete einzuführen? Zunächst Herr Werckmeister und dann Herr Geißelbach. In Mindestarbeitsbedingungen haben Sie ja auch Erfahrungen in Wolfsburg.

SV Georg Werckmeister (Deutsches Innovationsforum): Dieses ganze Konzept basiert ursprünglich auf einem Herangehen das Rüstungskonversion hieß. Das war die Umstellung von Rüstungsgütern auf zivile Güter. Da sind Erfahrungen gemacht worden, wenn man das allzu sehr befrachtet hat mit den optimalen Arbeitsbedingungen, wie z. B. die idealistisch denkenden jungen Leute. Das musste damals alles immer vom Feinsten sein, von den Arbeitsbedingungen bis zur Ökologie. Dann hat man das eigentliche Ziel so überfrachtet, dass es fast nicht mehr zu erreichen war. Deswegen plädiere ich eher zur Vorsicht und sage, lassen Sie uns das eine Ziel Beschäftigung und Wachstum anvisieren. Dann sind die sozialen Verhältnisse weitere Ziele, die genauso wichtig sind, aber die damit, meines Erachtens, nicht verknüpft werden sollten.

Langfristigkeit, in unserem Fall ist das so, dass wir nach drei Jahren die Arbeitslosigkeit halbiert hatten und langfristig, das Projekt soll dann 5 bis 10 Jahre laufen, bis es sich dann freigemacht hat von Fördermitteln. Das wäre die langfristige Perspektive 5 bis 10 Jahre. Ich hoffe, das ist nicht allzu viel für die, die auf dem Geldsack sitzen.

Die **Vorsitzende:** Wir sind jetzt im Jahr 17, Herr Geißelbach. Was halten Sie davon zu sagen, die nächsten 5 bis 10 Jahre gibt es noch die GA.

SV Roland Geißelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Ich hoffe, dass es die GA noch lange gibt, denn sie ist ja auch schon lange da, nämlich 36 Jahre. Ich erinnere mich, dass sie ein sehr erfolgreiches Instrument ist, auch vor der Deutschen Einheit. Wenn man meint, in Ostdeutschland ginge das von heute auf Nacht, dann irrt man sich eben. Eine halbe Generation wird man noch brauchen, etwa 30 Jahre, schätze ich mal, damit wir das Verfassungsziel erreicht haben gleichwertige, nicht gleiche Lebensbedingungen zu erhalten. Was die Mittelausstattung des Bundeshaushalts angeht, es gilt zwar das Jährlichkeitsprinzip, aber wir haben immerhin eine dreijährige Verpflichtungsermächtigung. Für den Bewilligungsrahmen ist es zwar einjährig, aber für die Abwicklung des Programms verweise ich auf die Verpflichtungsermächtigungen.

Die dritte Frage, das Thema: bezahlte Arbeit, Tarifverträge. Ich habe Ihnen dokumentiert, bei vielen kleinen und mittleren Existenzgründungen, also etwa mehr als die Hälfte des verfüg-

baren Mittelrahmens, gehen die Mittel in kleine und mittlere Unternehmen herein. Ich halte das nicht für vorstellbar, dass wir das an Tarifgestaltungen verknüpfen. Ich halte übrigens auch den Aufwand für besonders hoch. Das müsste ja kontrolliert werden, soll man, wenn das platzt, wenn sich das verändert etwa eine Rückforderung oder eine Widerruf machen? Ich halte diese Überlegungen für nicht zielführend. Etwas anderes ist natürlich die Frage der Lissabon-Strategie: natürlich haben wir und wir wälzen das in Teilen auf die Gemeinschaft um, Definitionen mit Europa, was besonders hochwertige Arbeitsplätze ausmacht, d. h. von der Ausbildung her oder auch von der Bezahlung her. Immerhin haben wir uns verpflichtet im Rahmen des operationellen Programms 65 % der Schaffung neuer Arbeitsplätze an diese hochwertigen Definitionen zu orientieren. Das ist aber nicht das Zeichen eines gültigen Tarifvertrages.

Abge. Andrea Wicklein (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Werckmeister. Sie präferieren regionale Entwicklungskonzepte, was ich auch unterstütze, und die die Vernetzung der kommunalen Akteure um letztendlich die Entwicklung in den Regionen voranzubringen. Meine Frage ist die, wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die neuen nichtinvestiven Instrumente der GA? Reichen die aus, um die regionalen Akteure auch entsprechend zu vernetzen, funktionieren sie in der Praxis oder wo sehen Sie da noch Veränderungsbedarf, Verbesserungsbedarf? Die gleiche Frage möchte ich an Frau Dr. Ziegler stellen. Sie haben auch dafür plädiert, dass der Fokus aus der Strukturpolitik stärker auf der Förderung von Wertschöpfungsketten, von Unternehmensverbänden auch von Regionalnetzen gelegt werden sollte, also auch die Frage an Sie, ist das mit den derzeitigen Rahmenbedingungen der GA schon möglich oder wo sollte Ihrer Meinung nach, da eine Veränderung erfolgen?

SV Georg Werckmeister (Deutsches Innovationsforum): Die nichtinvestiven Instrumente: ich darf als die wichtigsten mal das Clustermanagement und die Kooperationsnetzwerke benennen, wenn ich Sie da richtig verstanden habe. Diese beurteile ich außerordentlich positiv, weil sie eigentlich genau das ermöglichen, ich müsste vielleicht im Konjunktiv sagen ermöglichen würden, je nachdem, wie sie eingesetzt und wie oft sie auch in Anspruch genommen werden, weil sie nämlich ein Kernthema erlauben anzugehen, das will ich mal mit dem Stichwort Innovation bezeichnen. Die Welt ist nicht statisch, das wissen wir nun alle. Man muss gucken, dass man an der Spitze vor allem der Produktinnovation bleibt. Ich will hier als Beispiel Opel nennen, wenn die keine neuen Modelle hatten, sind sie den Bach heruntergegangen. Dieses Problem können diese beiden Instrumente in besonders guter Weise adressieren, dass man die Innovation, die Innovationsfähigkeit, aber vor allem auch die faktisch gelebte Innovation, vor allem in den Unternehmen, kritisch fördert. Guckt, wie geht es denn das da voran, wie sind die Widerstände, was gibt es da an brachliegenden Innovationen und

wie lassen die sich jetzt auch durch regionale und externe und übrigens auch überregionale Verknüpfung freilegen oder verbessern? Das ist außerordentlich wichtig, dass es diese beiden Instrumente jetzt gibt. Nach meinem, allerdings nicht umfassenden, Eindruck, wie das gehandhabt wird, steht es noch sehr am Anfang. Es gibt wenige, die das Geschäft beherrschen. Es gibt zwar mehr wie überall, die das in Anträge hineinschreiben können, aber da wo es faktisch läuft, das glaube ich, müsste noch aufgebaut werden und das ist ja mit einem Ansatz, weswegen wir der Meinung sind, dass man in dieser Hinsicht bei der GA noch ein bisschen organisierter dazu beitragen kann. Wenn man sagt, diese, aus meiner Sicht, hervorragenden neuen Instrumente, könnten durch ein systematisches Herangehen, z. B. wie es in dem Antrag vom Juni – da sollen die Regionen ermutigt werden, regionale Netzwerke zu bilden. Das ist für mich ein Ansatz, der sagt, wir gehen jetzt hier durchaus von der Bundesebene mal ran und sagen, dass ausgefüllt und genutzt werden könnte.

Das ist auch Ihre letzte Frage nach dem Verbesserungsbedarf, den würde ich genau darin sehen, dass man systematisch und organisiert daran geht. Denn es ist genau das Geheimnis auf der regionalen Ebene gewesen, dass man nicht wartet, bis mal einer kommt, sondern sagt, Leute jetzt setzen wir uns mal an einen Tisch, wer hat hier was, wer braucht was und dann machen wir daraus ein gemeinsames Konzept.

Sve Dr. Astrid Ziegler (Hans-Böckler-Stiftung): Ich glaube, Herr Hansen hat es eben schon in seiner Antwort gesagt, dass er denkt, es geht auch darum, Impulse in den Regionen zu stärken und diese nichtinvestiven Maßnahmen, die es nicht nur im Rahmen der GRW, sondern auch in anderen Fachpolitiken gibt, Netzwerkförderung, aber auch Regionalmanagement sollten meiner Meinung nach in die Richtung eben ausgebaut werden. Diese nichtinvestiven Maßnahmen waren in den letzten Jahren so eine Art Modethema und jede Fachpolitik hat da ein Programm entworfen und hat es dann nach drei bis 5 Jahren auslaufen lassen. Ich glaube, diese Kurzfristigkeit ist eher störend, denn für solche Prozesse insbesondere also auch in den Regionen sollte die GRW auch mit ihrer Netzwerkförderung und Regionalmanagement stabilere, verlässliche und mittel- bis langfristige Zeitperspektiven in den Regionen vor allem den strukturschwachen Regionen geben.

Die **Vorsitzende:** Damit ist die Befragungszeit der SPD-Fraktion zu Ende. Wir kommen nun zur FDP-Fraktion, Frau Kopp, bitte.

Abge. Gudrun Kopp (FDP): Ich möchte gerne einmal Herrn Prof. Dr. Paqué und Herrn Dr. Titze um ihre wissenschaftliche Einschätzung darüber befragen, wie Sie es sehen? Gibt es Studien darüber, wie Strukturbrüche aufgefangen wurden durch eine Förderung auch über

einen kürzeren oder längeren Zeitraum hinweg und wie sich ein solcher Strukturbruch hätte heilen lassen können – ebenfalls mit der Zeit – ohne solcherlei Fördermittel? Ich will noch einmal hinaus auf die generelle Frage, wie viel Nutzen haben wir tatsächlich durch Fördermittel? Sowohl in Bezug auf investive und nichtinvestive Fördermittel über einen längeren oder über einen kürzeren Zeitraum? Ich beziehe das auf ganz Deutschland und nehme z. B. meine Region, bei der die Möbelindustrie über Jahrzehnte beheimatet war und sie in der Zwischenzeit fast weggebrochen ist. Ich habe den Eindruck, dass sich nach schwerer Zeit, diese Region völlig umorientiert und in einen designinnovativen Bereich hineingeht. Natürlich, dieser Prozess ist auch begleitet worden, aber nur geringfügig.

Deshalb noch einmal die Frage, sind wir mit der strukturellen Förderung auf dem richtigen Weg? Müssen wir nicht auch bestimmte Parameter bedenken, um nicht zu sehr einzugreifen, denn das kann auch negativ sein. Da schließe ich die Frage an, die sich vielleicht ein bisschen ketzerisch anhört, die ich aber sehr ernst meine. Wie viel Ungleichheit der Lebensumstände akzeptieren wir? Wo ziehen wir die Grenze? Was sind die Parameter? Natürlich sagen wir, gleichwertige Lebensbedingungen, aber wo ist die Grenze? Denn es wird immer ungleiche Lebensbedingungen geben in Ost und in West, also wo sind die Parameter? Ich nehme als Beispiel die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die auch der Förderung bedürfen, gerade in Bezug auf Förderung von Innovationen. Nun weiß ich auch aus eigener Erfahrung, dass gerade diese kleinen und mittelständischen Unternehmen häufig wirklich nicht in der Lage sind, mit der Antragstellung und mit allem, was an Bürokratie anfällt, tatsächlich fertig zu werden. Wie häufig trifft eine solche Förderung Unternehmen, die sich ohnehin besser helfen könnten, denn viele kleinere kommen meist nicht in den Genuss der Fördermittel. Also noch einmal die Frage nach Sinn, Zweck, Ausrichtung und Zielbeschreibung solcher Förderungen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg): Frau Kopp, meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist auch eine sehr grundlegende Frage, auf die ich auch grundlegend antworten möchte. Zunächst muss völlig klar sein, bei der ganzen Diskussion um Fördermittel, dass Fördermittel nicht das Entscheidende sind. Wenn man mit wachen Augen insbesondere durch Mittel- und Ostdeutschland läuft, kann man das ganz einfach beobachten. Es gibt einen Unterschied zwischen den Kommunen. Die Kommunen haben im Wesentlichen die gleichen Möglichkeiten der Nutzung der Förderkulisse, und man ist immer sehr überrascht, wenn man sieht, dass in der einen Kommune das Gewerbegebiet voll ist und in einer anderen Kommune mit praktisch den gleichen objektiven Standortbedingungen und der gleichen Förderkulisse, das Gewerbegebiet leer ist. Woran liegt es? Es liegt im Regelfall daran, dass ein Bürgermeister, ein Wirtschaftsförderer ein anderes Klima schafft

im Umgang mit der Wirtschaft, vielleicht auch ein bisschen Glück hat, das gehört ja auch dazu, dass die erste oder die zweite Investition ins Gewerbegebiet kommt und dann entsteht von selbst so eine Art Netzwerk, eine Art Schneeballeffekt, nämlich nichts ist schlimmer, als ein leeres Gewerbegebiet. Da fragen sich dann die potentiellen Investoren, hier stimmt etwas nicht, wenn das nach Jahren der Erschließung immer noch leer steht. Es hängt vor allem von diesen klimatischen Bedingungen ab. Schnelle Genehmigung, voller Einsatz der zuständigen, vor allem Kommunalpolitiker, aber auch Landespolitiker, kurze Wege, keine Bürokratie. Das sind die zentralen Punkte. Dazu kommt dann die Förderkulisse, die dann, wenn sie ordentlich strukturiert ist, durchaus nützlich ist. Wenn wir in Ostdeutschland die Situation beobachten, dann glaube ich schon, dass gerade in jenen Bereichen, wo Investitionen, Grundinvestitionen in Branchen außerordentlich teuer und aufwändig sind, Beispiel Chemieindustrie oder Solartechnik, was wir vorhin schon nannten, dass hier, ein erster Schub von Investitionen im Standortwettbewerb oft nur zustande kommt, wenn hier gegenüber den etablierten Regionen mit den lange funktionierenden Netzwerken Bayern, Baden-Württemberg, also Südbayern, ein entsprechendes Gegengewicht da ist. Die Fördermittel sind an dieser Stelle ein Stück weit lenkend, müssen aber einen Prozess in Gang setzen. Sie sind mehr wie ein erster Hebel, der angesetzt wird, um einen solchen Prozess in Gang zu setzen.

Daran anschließend den dritten Punkt, den Sie angesprochen haben, Frau Kopp, wie viel Ungleichheit verträgt eine solche dynamische Welt? Da will ich ganz deutlich sagen, die verträgt mehr Ungleichheit, als wir vielleicht vermuten. Diese Ungleichheit gibt es auch in der Realität schon. Man braucht nur das Stadt- Landgefälle sich anzusehen, das in Ostdeutschland im Durchschnitt größer ist, als in westdeutschen Regionen. Gleichwohl wäre ich außerordentlich vorsichtig, aus dieser Beobachtung zu schließen, man solle in irgendeiner Form differenziert fördern. Abgesehen davon, dass ich das praktisch für sehr schwierig halte. Stellen Sie sich mal vor, Sie haben einen Investor, hochinnovative Produktionslinie und dem sagen Sie dann, wenn Sie in Leipzig oder Halle investieren bekommen Sie X-Prozent, wenn Sie aber 30 Km weiter in eine kleine Stadt gehen, dann kriegen Sie X minus Y-Prozent. Das können Sie praktisch gar nicht machen, weil der Investor da einfach im Rahmen seiner unternehmerischen und betriebswirtschaftlichen Optimierung den Standort wählt, es ist also auch unrealistisch. Insofern geht die Diskussion um die gezielte Förderung der Wachstumskerne auch etwas an der Praxis vorbei. Hinzukommt, dass wir die Entfernungen nicht überschätzen sollten, selbst wenn wir uns eine Region wie Ostdeutschland betrachten, die im Durchschnitt dünner besiedelt ist als Westdeutschland, sind die Entfernungen überhaupt nicht zu vergleichen und es ist abwegig, zu glauben, dass sich da völlig getrennte Cluster bilden, wenn man von San Francisco nach Palo Alto hinausfährt an die Stanford Universität, ist man mindestens anderthalb Stunden unterwegs. Wir rechnen das immer noch zum Groß-

raum San Francisco. So groß ist Deutschland gar nicht, dass wir uns hier zu sehr über einzelne Cluster Gedanken machen sollten. Ungleichheit verträgt es, in einem gewissen Rahmen. Die Grenzen dessen sind natürlich das, was ich die passive Sanierung nenne. Wenn ganze Regionen sich leeren dadurch, dass qualifizierte Arbeitskräfte abwandern, weil sie keinerlei Perspektive sehen vor allem für junge Menschen. Das ist dann die Grenze, wo ein politischer Eingriff sinnvoll ist, so lange wir insgesamt an irgendeiner Vorstellung festhalten von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die Amerikaner haben da eine etwas andere Einstellung dazu, aber in Deutschland ist es eben anders.

SV Dr. Mirko Titze (Institut für Wirtschaftsforschung Halle): Ich kann in vielen Punkten, bei dem was Herr Prof. Dr. Paqué sagte, anknüpfen. Ich möchte vielleicht noch einmal auf Ihre allererste Frage zurückkommen. Sie fragten, gibt es wissenschaftliche Abarbeitung darüber wie Regionen Strukturbrüche bewältigen. Dazu muss man sagen, das, was Ostdeutschland widerfahren ist, ist ohne Beispiel in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte. Das ist sehr gut in dem Buch von Sinn/Sinn beschrieben, dass die Auswirkungen für Ostdeutschland sogar gravierender waren als nach der Weltwirtschaftskrise für die Welt. Insofern muss man wohl sagen. hätte Ostdeutschland nicht diese massive Unterstützung gehabt, wäre es wohl – das ist jetzt sehr spekulativ – aber es spricht vieles dafür, dass es zu sozialem Unfrieden gekommen wäre. Dieser Fall „Ostdeutschland“ ist wirklich ohne Vergleich mit irgendeiner Wirtschaftsgeschichte. Dann möchte ich auch noch einmal unterstützen, dass unserer Ansicht nach die Förderung absoluter Ausnahmetatbestand sein sollte. Nämlich genau dort weiterzuhelfen, wo es der Markt eben nicht tut. Das kann nicht der Regelfall sein, sondern es muss ein Ausnahmefall sein. Es spricht auch vieles dafür, dass das heute in der Praxis nicht konsequent verfolgt wird.

Kurz zur Ungleichheit: ich meine, wenn man sich mal die Wirtschaftsgeschichte anschaut, so hat es immer Ungleichheit gegeben. Ich habe mal einen interessanten Beitrag gelesen, Europa war ja schon immer sehr zersplittert, auch sehr ungleich in der regionalen Entwicklung und viele haben darin den Motor gesehen für die industrielle Revolution. Es ist kein neues Phänomen, was wir heute vorliegen haben, sondern das hat es auch schon vor hunderten von Jahren gegeben. Sie hatten angesprochen, könnte denn eine Region auch alleine Strukturbrüche bewältigen? Da muss man ganz plakativ ja sagen oder kann man sehr extrem sagen ja, das geht, wenn die Wanderungsbereitschaft da ist. Das würde dann z. B. dahinführen, dass eben die Menschen aus diesem wirtschaftlich schwachen und schrumpfenden Regionen wegziehen und in die wirtschaftlich starken Regionen hinziehen. Da muss man eben sagen, dass das heute aktuell ist. Da gibt es viele Hemmnisse, die diesen natürlichen Ausgleichsprozess, so will ich ihn mal bezeichnen, wirklich behindern. Vielleicht sollte man mal

überlegen, ob man nicht so etwas mal anstößt. Ich glaube, die Menschen lassen sich heute nicht mehr für dumm verkaufen. Wenn ich wirklich dünnbesiedelte Gebiete habe und der Regionalpolitiker vor Ort sagt, hört einmal zu, ich tue hier etwas und in 10 Jahren sind wir hier die blühende Landschaft, das ist einfach gelogen. Die Menschen werden sich nicht mehr belügen lassen. Insofern wäre das auch nur eine Ehrlichkeit gegenüber dem Bürger vor Ort.

Abge. Sabine Zimmermann (DIE LINKE.): Ich habe eingangs nur eine Anmerkung, ich glaube Herr Werckmeister war es gewesen, von der Wolfsburg AG, der das in seinem Gutachten ansprach. Ich komme aus Zwickau, wir haben versucht, mit allen Akteuren diese Wolfsburg AG zu kopieren, es ist uns nicht gelungen. Deswegen wäre ich daran sehr interessiert, dass wir da vielleicht am Rande noch einmal ein paar Worte verlieren könnten.

Wir reden heute über die Gestaltung der zukunftsmaßiger Regionalförderung und deswegen geht meine Frage an Frau Dr. Ziegler von der Hans-Böckler-Stiftung. Wir haben vorhin schon einmal ganz kurz die tariflichen Kriterien angesprochen. Meine Frage ist, inwieweit ist es aus Ihrer Sicht notwendig, die Ziele der Vergabekriterien der GA qualitativ zu ergänzen? Wenn ich daran denke, dass viele Gewerbegebiete existieren und dort teilweise Löhne gezahlt werden zwischen Gut und Böse, dass man dort nicht nur auf die tarifliche Bezahlung geht, sondern auch auf Kriterien wie Betriebsrat oder auch Kriterien wie betriebliche Ausbildungsplätze. Denn es wurde gerade die Abwanderung angesprochen, die den Fachkräftemangel, der bevorsteht oder wo wir schon mitten drinstehen. Wie sehen Sie die Kriterien dort an die GA-Förderung zu binden?

Sve Dr. Astrid Ziegler (Hans-Böckler-Stiftung): Ich habe schon in meiner Stellungnahme ausgeführt, dass ich bemängeln, dass die GA zwar nach den Arbeitsplätzen schaut, nach der Anzahl der Arbeitsplätze und dies auch kontrolliert wird, dass sie diese zugesicherten Arbeitsplätze, die in der Regel auf Angaben der Unternehmen beruht, die subventioniert werden für den Zeitraum von fünf Jahren geschaffen oder dauerhaft - ich glaube dauerhaft heißt so am Arbeitsmarkt – angeboten werden. Was nicht überprüft wird, welche Art von subventionierten Arbeitsplätzen wir hier eigentlich vorfinden. Demographische Entwicklung, das Thema hatten wir eben auch so. Ich muss da gar nicht viel begründen, warum es so wichtig ist, dass man den Menschen auch in strukturschwachen Räumen in Ostdeutschland eine Perspektive geben kann. Hier in Berlin oder in der Umgebung von Berlin weiß man das. Ich will auf einen anderen Aspekt zurückgreifen, denn ich habe bereits angedeutet, es gibt zwei Bundesländer, wo es eine Prüfung in der Qualität der subventionierten Arbeitsplätze gibt und zwar in Niedersachsen im Bereich der Landesbürgschaft und in Nordrhein-Westfalen im Bereich der GRW und der Landesbürgschaft. Wie das Verfahren aussieht, will ich hier einmal kurz schildern. Die NRW-Bank wickelt in Nordrhein-Westfalen für die Landesregie-

rung die GRW ab. Die NRW-Bank holt bei relevanten Akteuren, das sind die IHK, die Arbeitsagentur und der DGB, eine Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen ein. Der DGB überprüft dann diesen Antrag mithilfe der zuständigen Einzelgewerkschaft und dem Betriebsrat, soweit es einen Betriebsrat gibt, bzw. Interessenvertretung in dem Betrieb, ob es realistisch ist, einmal, dass das Unternehmen tatsächlich diese zugesagten Arbeitsplätze, die im Antrag stehen, auch sichert bzw. schafft oder ob es sich nur um eine firmeninterne Umschichtung von Arbeitsplätzen handelt, das ist durchaus auch möglich bei unserer heutigen Unternehmenslandschaft und Konzernabhängigkeit.

Zum Zweiten wird auch überprüft, ob Rechtsvorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eingehalten werden. Genau danach wird gefragt und auch mit den Beschäftigten ausgewertet. Gibt es Beanstandungen beim Gesundheitsschutz, gibt es Beanstandungen beim Arbeitsschutz, werden Tarifverträge eingehalten, wurde oder wird die Wahl eines Betriebsrates behindert? Danach wird dann beurteilt, ob es zu einer positiven oder einer negativen Stellungnahme kommt. Mir liegt die Förderstatistik hier jetzt vor und ich kann Ihnen sagen, dass in der Mehrzahl der Fälle der DGB hier eine positive Stellungnahme abgegeben hat. Es kam aber auch zu negativen Stellungnahmen. Um hier nur einmal zwei Zahlen zu nennen, in den letzten Jahren lag die Ablehnungsquote bei der GRW so um die 5 bis 6 %, bei der Landesbürgerschaft lag sie allerdings höher und zwar so um die 12 bis 14 %. Was passiert bei einer negativen Stellungnahme, da wird dann der Landeschlichter eingeschaltet, das ist ein Moderator. Unter seiner Leitung kommt es dann zu einem Vermittlungsgespräch zwischen Unternehmen, Betriebsrat und Gewerkschaft. In der Vergangenheit hat dann dieses Gespräch dazu geführt, dass die gewerkschaftlichen Bedenken ausgeräumt wurden. Dieses Verfahren ist also akzeptiert in Nordrhein-Westfalen. Es ist schon seit mehreren Jahrzehnten so gebräuchlich und man kann eben auch sagen, dass über dieses Verfahren die subventionierten Betriebe, die über diese beiden Wirtschaftsförderinstrumente subventioniert werden, auch Arbeitnehmerschutzrechte einhalten. Dieses Verfahren auch die Wirtschaftsförderung genießt darüber, meiner Meinung nach, eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Vielleicht um das Ganze mal ein bisschen auf einer praktischeren Seite anzugehen, dass es auch über die GRW möglich ist, in Richtung Tarifstandards zu gehen. Das Verfahren hat sich sowohl in Nordrhein-Westfalen wie auch in Niedersachsen bewährt. Ich frage Sie, warum kann man das denn nicht auf andere Bundesländer einfach, auch insbesondere auf Ostdeutschland übertragen.

Abge. Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen auch herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen. Ich möchte mich mit meinen Fragen insbesondere an Herrn Hansen wenden. Ich habe mich sehr gefreut über Ihre Antworten, insbesondere deswegen, weil ich auch

sehr viel Zustimmung gefunden habe zu den Thesen des Berlin-Instituts, die Dr. Klingholz aufgestellt hat in Bezug auf Autonomie für die Region usw. Ich sehe da sehr viele Bezüge. Nun zu meinen Fragen: Es wird vielfach geklagt über die Vielzahl der Programme zur Regionalförderung. Ich denke, es ist nicht sinnvoll sich bei der Regionalförderung nur auf die GA zu fokussieren, sondern wir haben eine Vielzahl von Instrumenten. Die Vielzahl der Programme hat sicherlich den Sinn, dass man flexibel fördern kann. Auf der anderen Seite erleben wir immer wieder – und das wird auch beklagt -, dass integrierte Förderung, die ja nötig ist, an den Ressortgrenzen scheitert. Herr Hansen, ich würde gerne von Ihnen wissen, was Politik tun sollte, um integrierte Förderung zu ermöglichen? Ich erinnere mich, dass es in Brandenburg mal im Zusammenhang mit Strukturanpassungsmaßnahmen eine gemeinsame Richtlinie mehrerer Ressorts gegeben hat. Ich fand, das war eine sehr gute Geschichte. Vielleicht haben Sie da noch andere Ideen. Noch eine zweite Frage zur Zielgenauigkeit von Regionalförderung, denn der Erfolg hängt ja von der Zielgenauigkeit ab. Im Moment haben wir eine Situation, dass häufig, gerade bei der Ansiedlungspolitik, dort angesiedelt wird, wo die maximale Förderhöhe ist bzw. das, was die maximale Förderung bekommt. Jetzt haben wir eben gerade von Herrn Prof. Dr. Paqué gehört, dass er, Wachstumskerne und Branchenschwerpunkte auszuweiten, nicht als besonders sinnvoll erachtet. Es ist sicherlich sinnvoll, dass die Regionen selber darüber bestimmen, was ihre Förderschwerpunkte sein sollen. Vielleicht können Sie, Herr Hansen, uns noch etwas zu Ihrer Meinung sagen, wie die Entscheidungshoheit und die Finanzhoheit, doch autonomer in die Regionen verlagert werden können?

SV Carsten Hansen (Deutsche Städte- und Gemeindebund): Wenn Sie das Berlin-Institut ansprechen, da muss ich natürlich gleich sagen, weil das hier in Berlin so hohe Wellen geschlagen hat, „Wegzugsprämien“ finden nicht unsere Zustimmung. Das aber nur am Rande. Die Vielzahl der Programme war die erste Frage. In der Tat halten wir es für übersichtlicher und transparenter, wenn man integrierte Programme hat. Wenn also im Rahmen möglichst wenige oder eines Programms eine möglichst große Bandbreite von Aktivitäten von Projekten gefördert werden kann. Das lässt sich optimal in der Tat umsetzen, wenn es in den Ländern entsprechende integrierte Ansätze gäbe und die einzelnen Ressorts sich tatsächlich zusammensetzen und nach einem Konzept fördern. In der GA haben wir etwas Ähnliches: ein gemeinsamer Rahmen, das ist natürlich sehr begrüßenswert. Dabei käme es darauf an, wenn ich jetzt wieder auf die Länder zurückgehe, aber das ist nun eher am Rande, weil das nicht unser Thema ist, Ressortgrenzen tatsächlich ernsthaft zu überwinden. Der andere Punkt einer Integration wäre der Mut, den Regionen selbst die Verantwortung zu übergeben, wie sie fördern und was sie fördern. Es gibt ein hervorragendes Beispiel aus unserer Sicht, das dem zugrunde liegt und das ist das Projekt XperRegio, was in Bayern bereits seit 2005

durchgeführt wurde. Dort hat man die Situation, dass relativ frei, bemerkenswert frei, die Region selbst, die sich dort zusammengeschlossen hat, in diesem Projekt, entscheiden kann, Mittel für Innovation – Innovation heißt nicht Hochtechnologieforschung, sondern Umsetzung von Innovation, zur Anwendung zu bringen, zu fördern und zwar dann die Leute zu unterstützen, die entsprechende Gedanken und Ideen haben und nicht zu sehr Investitionen oder fein abgezielte Maßnahmen, die entsprechenden Programmen entsprechen. Also, mehr Mut den Regionen selbst, denjenigen, die im kleinräumigen Maßstab entscheiden und erkennen können, wo Unterstützung erforderlich ist, diese auch zu geben.

Damit bin ich auch schon bei der Entscheidungshoheit, was ja der zweite Teil der Frage war. Wir müssen uns mal überlegen, was ist es eigentlich, was Arbeitsplätze in im Kleinen schafft oder andersherum, was schafft überhaupt erstmal Arbeitsplätze? Da sind wir schnell bei der relativ banalen Feststellung, die Sie bestimmt alle teilen werden hier, dass die meisten Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen werden und zwar nicht durch Großinvestitionen. Daher sollte auch der Förderfokus unserer Meinung nach, genau hierauf liegen. Kleine und mittlere Unternehmen haben natürlich nicht immer nur ein regionales Absatzgebiet, das ist uns völlig klar. Aber sie haben die Notwendigkeit sich auch regional abzustimmen und vor allem können ihre Wirksamkeit, die Arbeitsplatzwirksamkeit und der wirtschaftliche Erfolg erheblich gesteigert werden, wenn regionales know how gebündelt wird. Das liegt eben zwangsläufig in den Regionen vor dieses know how. Deshalb müssen diese auch stärker in die Verantwortung hineinkommen. Noch einmal zu XperRegio, es gibt, korrigieren Sie mich bitte, eine Bagatellgrenze, ich scheue mich ein bisschen, das Wort auszusprechen, an Investitionsförderung, die liegt bei 500.000 Euro. Das ist ein ordentlicher Brocken für ein kleines Unternehmen. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten und der Erfolg von diesem Projekt zeigt es auch. Es gibt zahlreiche Notwendigkeiten, dass kleine und mittlere Unternehmen unterhalb dieser Schwelle gefördert werden. Aber wer weiß das? Weiß es die bayerische Staatskanzlei? Eher nicht, also die wissen wahrscheinlich sehr viel und alles, ich will das gar nicht kritisieren, aber die Regionen wissen eben vor Ort doch besser Bescheid. Der Bürgermeister, meinetwegen auch der Landrat, weiß eben doch besser, wo ein Bedarf ist und wo es entsprechende Unternehmen gibt, die sich gegebenenfalls gegenseitig befruchten. Auch wenn es der Bürgermeister nicht weiß, dann hat er hoffentlich einen guten Wirtschaftsförderer, der das weiß und sich vor allem mit den Kollegen und mit anderen Nachbargemeinden abstimmt. Diese Netzwerke, die können natürlich nicht nur exekutieren, die können nicht nur Netzwerke bilden, sondern die müssen auch die Möglichkeit haben zu handeln. Das ist nur dann gegeben, wenn es unter eigener Verantwortung geschieht und nicht unter dem Weiterreichen und quasi dem Konsum von Fördermitteln, die von oben durchgereicht werden. Ich hoffe, damit ist Ihre Frage beantwortet, ansonsten würde ich ger-

ne noch etwas zur Zielgenauigkeit und Effizienz von Wachstumskernen usw. sagen, aber das war eher illustrierend für mich, wenn ich das richtig verstanden habe.

Die **Vorsitzende**: Wir kommen nun zur zweiten Fragerunde und die wird begonnen von der SPD-Fraktion, Frau Wicklein.

Abge. Andrea Wicklein (SPD): Ich möchte jetzt ein anderes Förderinstrument mit ins Spiel bringen, was zumindest in den ostdeutschen Bundesländern ja sehr eng mit der GA verbunden ist und zwar die Investitionszulage. Diese soll nun noch einmal verlängert werden bis 2010. Aus meiner Sicht ist sie nach wie vor wichtig, weil sie auch die vorhandene Eigenkapitalschwäche gerade kleinerer und mittlerer Unternehmen in Ostdeutschland ausgleicht. Es gibt den gesetzlichen Anspruch auf die Investitionszulage und die wird eben auch verwendet, um die Eigenmittel dann letztendlich darstellen zu können. Meine Frage geht an Herrn Gießelbach. Wie beurteilen Sie aus der Sicht Ihres Landes die Investitionszulage? Ist sie effizient? Dazu gibt es ja auch unterschiedliche Auffassungen. Würden Sie dafür plädieren, die auch nach wie vor fortzuführen? Ich möchte auch Herrn Hansen um eine Einschätzung zur I-Zulage bitten, wie beurteilen Sie dieses Förderinstrument auch im Zusammenspiel mit der GA?

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Wir haben einen Mix, in dem wir GA haben, europäische Mittel und die I-Zulage. Das sind die verlorenen Zuschüsse, die wir unter den Beihilfegesichtspunkten unter den Deckeln des zulässigen Beihilferahmens wahren. Zunächst einmal eine Bemerkung: Die GA ist eine Bruttozulage und die I-Zulage ist eine Nettozulage. Aus Sicht der Unternehmen ist natürlich eine 25 %ige I-Zulage steuerrechtlich mehr wert, als ein 25 %iger GA-Zuschuss. Dann wissen Sie, dass die I-Zulage einen rechtlichen Anspruch hat und die GA eigentlich eine zielorientierte Förderung ist. In unserem Land ist das von besonderer Bedeutung, weil erstmalig in der Geschichte der I-Zulage zunächst einmal Projektförderungen gemacht werden. Insofern ist das weit angeglichen an die GA, das ist auch eine Projektförderung, früher waren es Einzelmaßnahmen, die gefördert worden sind und das dem Tourismusbereich zusätzlich an der Stelle hilft. Wir haben in der Praxis haben ein paar Probleme, weil die Auswirkungen der rechtlichen Möglichkeiten, was ist I-Zulagen-fähig und was nicht? Das gerät zunehmend ins Stocken. Einmal sind es die Finanzbehörden, die das entscheiden müssen, einmal ist es die Administration oder wir als Landesförderinstitut. Ich halte auch nichts von der These, die I-Zulage ist geeignet in der Fläche zu wirken und bei Clusterbildung oder Schwerpunktansiedlung ist die GA geeignet. Politisch wird man auch darüber nachdenken müssen, das will ich hier auch noch einmal sagen. Wer ist Träger der I-Zulage? Im Wesentlichen sind es die alten Bundes-

länder und die Gemeinden dort. Wir haben, glaube ich, die Schwierigkeiten überbrückt. Das Zusammenwirken von GA- und I-Zulage funktioniert durch enge Abstimmung mit den Finanzbehörden. Wir haben einen besonderen Arbeitskreis eingerichtet, damit wir in der Abwicklung der Projekte keine Probleme haben. Das andere ist eine politische Gestaltung, will man die GA aufstocken oder die I-Zulage verlängern.

SV Carsten Hansen (Deutsche Städte- und Gemeindebund): Die Investitionszulage stellt uns natürlich ein kleines bisschen vor ein Problem. In der Tat, die Gemeinden tragen sie auch mit, allerdings nicht überall. Wir stellen fest, so sagen es unsere Mitgliedsverbände, dass insbesondere dort, wo ein altes Bundesland auf ein neues trifft, die Investitionszulage eben doch manchmal Ansiedlungs entscheidend sein kann, ohne, dass es nähere Gründe dafür gibt, die eventuell sinnvoller seien. Da stellen wir uns natürlich die Frage, ist das gewollt? Ich meine, wir haben nun schon von dem Subventionswettbewerb mehrfach gehört. Ich glaube, hier könnte man diesen Wettbewerb gegebenenfalls beenden, der nicht positiv besetzt ist.

Zweitens, die Investitionszulage trifft ja alle, nicht nur die eigenkapitalschwachen KMU. Insofern könnte man vielleicht auch zu einer zielorientierteren Steuerung oder Einsatz der entsprechenden Mittel kommen. Deshalb würden wir uns nicht aktiv für eine weitere Verlängerung in die Bresche werfen.

Die **Vorsitzende:** Ich habe jetzt eine Frage an Herrn Eger und Herrn Gießelbach, also die zwei Praktiker, die damit jeden Tag umzugehen haben. In den verschiedenen Stellungnahmen wird hin und wieder auch darüber gesprochen, dass man mehr Transparenz bräuchte, wie die Mittel eingesetzt werden und dass man es auch nachweisen kann u. a., wenn es um Mitnahmeeffekte geht und auch um die Verlagerung von Betrieben. Nach dem Motto, wenn ich offenlege, wer was bekommt, dann überlegen die sich vielleicht, ob sie das eine oder andere machen, was sie nicht machen würden. Wie sollte denn nach Ihren Vorstellungen so eine Transparenz aussehen? So, wie die EU das vorschreibt, sollten wir die GA ähnlich konstruieren, oder was wären Ihre Wünsche oder Vorstellungen, insbesondere unter Beachtung des Bürokratieabbaus, den wir uns als Bundespolitiker ganz groß auf die Fahne geschrieben haben? Geben Sie uns einmal aus der Praxis Einschätzungen, Herr Eger zunächst.

SV Gerold Eger (Regierung der Oberpfalz): Es ist so, dass wir natürlich unter dem Gesichtspunkt des Bürokratieabbaus zusätzliche Regelungen nur mit großer Skepsis übernehmen würden. Alles, was zusätzlich Aufwand bei der Überprüfung und auch bei der späteren Kontrolle der Unternehmen betrifft, würde uns sehr stark belasten. Das kann jedoch kein

Argument sein. Also die Belastung der Verwaltung darf nicht dazu führen, dass man sagt, das ist nicht sinnvoll. Bei der Transparenzregelung wird es in der Praxis, zumindest bei uns in Bayern, so sein, dass nach dem fast in jedem GA-Fall auch EFRE-Mittel enthalten sind, die Transparenz der EU ohnehin fast durchgehend zwingend erforderlich sein wird. Ob das günstig ist oder nicht, das lasse ich dahingestellt sein, weil natürlich sofort die Nachbarn, die das im Internet oder wo auch immer nachlesen können, dann auf uns zukommen werden und uns fragen werden, warum hat dieser oder jener etwas anderes bekommen als ich. Dieser Erklärungsbedarf, der da auf uns zukommt, ist manchmal nicht ganz einfach zu händeln. Das sehen wir mit einiger Skepsis, denn natürlich, es wird auch jetzt schon am Stammtisch darüber gesprochen, was hat der eine oder der andere bekommen? Es ist nicht nachprüfbar. Da kann man nicht so genau nachlesen, was tatsächlich gelaufen ist. Die Transparenz ist eigentlich nicht ganz das Entscheidende. Was wir schon tun, ist, den Unternehmern zu erklären, warum sie wie viel bekommen. Also der tatsächliche Fördersatz, der abhängig ist von verschiedensten Kriterien, den versuchen wir natürlich den Unternehmern zu erklären. Da kommt es dann z. B. auch darauf an –da legen wir sehr großen Wert darauf –, dass ein Unternehmer nicht nur aufgrund der Förderung etwas tut, also so agiert, dass die Förderung gerade noch die Durchführbarkeit sicherstellt, sondern das Ganze muss sich betriebswirtschaftlich rechnen. Das ist das Entscheidende - dann können wir über die Förderung reden und nicht umgekehrt. Das ist das Entscheidende und das ist natürlich in jedem Fall ein bisschen anders, also wird sich auch diese Transparenz relativieren, die irgendwann einmal kommen wird, weil man jeden Fall halt anders beurteilen muss.

Die **Vorsitzende**: Ist es möglich, dass man dabei auch noch objektive Kriterien mit einbaut, so dass man den Leuten erklären kann, warum der so viel und der so viel bekommt?

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Mitnahmeeffekte: Die GA sagt in ihrem Regelwerk, man hat auch noch Haushaltsrecht zu beachten. Das Haushaltsrecht sagt, du darfst eigentlich nur so viel fördern, dass es dem Unternehmen gelingt, die Investitionen dann in Gang zu setzen. Diese Geschichte in der GA völlig unproblematisch. Den Anteil der Mitnahmeeffekte sehe ich als sehr gering an. Anders stellt sich das bei der I-Zulage vor. Egal wie dick man ist, egal wie viel man hat, wenn man investiert, kriegt man etwas dazu. Das ist der eine Punkt. Wie geht das mit der Mitnahme? Ich sage Ihnen das relativ einfach. Sie werden heute keine Investition, die man zumindest in Mecklenburg-Vorpommern hat, wo der Unternehmer einen Haufen Geld angespart hat und der Rest auf dem Tisch liegt und dann die Investition mit der GA und Eigenkapital durchführt. Das ist eine Illusion. Wie läuft das normal? Das läuft normal, indem er seine Hausbank mitbringt und die wird natürlich die Kapitaldienstfähigkeit dieser Investition untersuchen. Irgendwo ist eine

Grenze bei der Kapitaldienstfähigkeit. Daraus errechnen wir den verlorenen Zuschuss, an der Stelle. Das Thema Mitnahmeeffekt, wird es immer geben, wo es Förderungen gibt. Das sehe ich in der GA als doch beherrschbar an, das ist meine Erfahrung. Verlagerung, große Sensibilität, insbesondere in den Grenzbereichen zwischen alten und neuen Bundesländern, hat ja zu vernünftigen Regelungen geführt. Wenn man eine Verlagerung aus einem förderfähigen Gebiet in ein anderes förderfähiges Gebiet macht, dann muss man die jeweilige Landesregierung konsultieren an der Stelle, so dass dieses Verlagerungsthema sicherlich eine Diskussion ist, aber die ist beherrschbar, und ich glaube, es gibt eine gute Partnerschaft in der Zwischenzeit im Unterausschuss und auch in den politischen Gremien. Transparenz, da bin ich aber sehr verwundert. Ich weiß nicht, wie das in anderen Bundesländern ist, aber wenn der Minister, der für die GRW zuständig ist, oder es ist eine Infrastruktur, dann ist der Minister für Verkehr zuständig und der will über Förderung natürlich Gutes berichten. Da gibt es eine Pressekonferenz über die Förderung, da gibt es ein Richtfest über die Förderung und da gibt es eine Inbetriebnahme. Herr Prof. Dr. Paqué kennt das ja vielleicht auch, weil er schon ein Ministeramt hatte, d. h. die Transparenz ist eigentlich da, an der Stelle. Ich sehe da gar keine großen Hemmnisse und natürlich werden auch Reporter fragen, wie ist der dann Geförderte? Wir raten dem jeweiligen Minister, die Quoten nicht zu nennen. Das ist doch alles sehr übersichtlich. Das ist in der Tat wie bei Ihnen, dass wir mit EFRE-Mitteln kofinanzieren und dort andere Transparenzvorschriften haben, so dass ich das mit der Transparenz als kein Problem sehe. Allein durch die Schilderung meiner Praxis.

Die **Vorsitzende**: Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt noch einmal nachfragen muss. Bei der EU ist so, dass die die Daten dann im Internet veröffentlichen, wem sie was geben. Das wäre dann auch von Ihrer Seite aus gar kein Problem?

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Frau Vorsitzende, Sie sprechen eine Mischfinanzierung durch das Instrument der GA an. Geldquellen sind sowohl europäische Mittel, also EFRE im Wesentlichen und bei GA-Mitteln bin ich natürlich für alle Fälle, die wir im Bereich EFRE kofinanzieren haben, auch verpflichtet diese Transparenz zu machen. Das ist nun mal ein Verfahren, was wir machen werden. Wir haben übrigens auch andere Regeln in Mecklenburg-Vorpommern. Jeder Bürger kann nachfragen über Forderungen an der Stelle. Ich sehe da wirklich keine Probleme in der Umsetzung.

Die **Vorsitzende**: Mir ist aufgefallen, Herr Gießelbach, bei Ihrer Stellungnahme, dass sie auch fordern bei den Evaluationsanbietern nachzudenken. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns da vielleicht noch ein paar Hinweise geben könnten.

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Wir haben unterschiedliche Berichte zu machen. Wir haben zunächst einmal die Strukturfonds, die uns vorgegeben sind: was will das Land erreichen? Wir werden das evaluieren, wohin ist das Land gekommen, um ein bestimmtes förderpolitisches Ziel zu erreichen. Ich meine, wir sollten vielleicht noch einmal darüber nachdenken. Wir haben globale Gutachten, die die Förderung der GA auf die Beschäftigungsverhältnisse untersucht haben. Wir wissen, dass wir in der Gemeinschaftsaufgabe alleine in Mecklenburg-Vorpommern etwa 40 % mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den geförderten Unternehmen haben, als es die Bedingungen verlangen, zu der der Zuwendungsbescheid das Unternehmen verpflichtet. Natürlich haben wir auch Insolvenzen, die dann auch gegen gerechnet werden müssen. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Wir würden gerne die ökonomischen Kreisläufe in den Regionen untersuchen. Was bedeutet das, der Primärabsatz, dass sich die Wirtschaftsentwicklung in den Kreisen verbessert, also in dem Minivolkswirtschaftskreis mehr Einkommen da ist etc. Das hätten wir gerne untersucht. Insbesondere für unsere Region an der Stelle. Das ist bisher nur empirisch gemacht worden. Wir sollten darüber nachdenken, ob wir das in der Entwicklung auch dokumentieren können. Das sind doch sehr teure Untersuchungen. Das Land selber ist nicht in der Lage das zu machen. Ich möchte ganz gerne, dass man das einmal mit untersucht. Deswegen mein Rat, die Wirkungskreise dahinter genau zu analysieren.

Abge. Gudrun Kopp (FDP): Ich möchte Herrn Hansen gerne noch einmal fragen. In Ihrer Stellungnahme deuten Sie an, dass sich eine höhere Fördersumme insgesamt für angebracht halten, dass Sie sich die wünschen. Könnten Sie das mal ein bisschen präzisieren?

SV Carsten Hansen (Deutscher Städte- und Gemeindebund): Nein, das kann ich nicht präzisieren. Das ist Ihre Aufgabe. Ich habe nur gesagt, dass auf die Frage, ob man denn mehr Förderung brauchen könnte, sage ich auf jeden Fall ja. Ich meine, das Volumen der GA ist in der letzten Zeit reduziert worden und es hatte auch in früherer Zeit keine Probleme gegeben, genügend sinnvolle Maßnahmen zu finden und Investitionen zu fördern. Insofern ist das die ganz einfache Antwort, ja, ich denke, dass eine Aufstockung beispielsweise eine kluge Sache ist. Ich werde auf jeden Fall keine Summen nennen, denn damit würde ich in jedem Falle falsch liegen. Ich bitte um Nachsicht.

Abge. Gudrun Kopp (FDP): Ich hatte auch an keine Summen gedacht, sondern eher gefragt, wo Sie eigentlich da Defizite sehen und wo Sie meinen, dass bestimmte schwache Regionen doch noch erheblich besser und gezielter gefördert werden könnte. Ich möchte noch einmal Herrn Werckmeister die Frage stellen, nachdem Sie einen Innovationsprozess sehr konkret begleitet haben: Gibt es aus Ihrer Sicht für uns, für unseren politischen weiteren

Handlungsstrang Dinge, die Sie uns aufzeigen möchten, wo wir effizienter arbeiten könnten, wo auch im gesamten Ablauf die Evaluierung der einzelnen Programme an der ein oder anderen Stelle zielgenauer gestaltet werden könnten? Haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit festgestellt, dass zunehmende Bürokratie, Effizienzverluste und anschließende Evaluierung ein Problem waren und was könnten Ihre Empfehlungen an uns sein?

SV Georg Werckmeister (Deutsches Innovationsforum): Sie fragen zunächst, wie dieser Innovationsprozess abgelaufen ist und was für Empfehlungen für Ihre Praxis daraus abzuleiten wären. Wenn ich Empfehlungen aussprechen kann, dann würde ich mir wünschen, dass die relativ neuen Instrumente Clusterpolitik und Kooperationsnetzwerke entschiedener genutzt werden, d. h., man muss da auch an Akteure herangehen, die Qualifikation ist in der Breite vielfach noch nicht da. Ich möchte jetzt nicht sehr konkret werden, aber ich kann mir Institutionen vorstellen, an die ich mich wenden würde und würde sagen, jetzt arbeitet euch da ein und dann macht ihr auch mal einen Antrag in der Region „X“. Also einfach selbst mal schauen, nicht nur warten was kommt, sondern aktiv von hier aus, von Ihnen aus, würde ich schauen, wie die Dame aus Zwickau sagt. Wir wollen was machen, dann schauen wir von hier aus, welche Fäden man spannen muss, damit das ans Laufen kommt. Das war das Erste und Wichtigste. Sehr viel konkreter gesagt, ist es so, dass der Bundesverband Mittelständische Wirtschaft (BVMW), der in Berlin ansässig ist, eine Clustermanagementkonzeption entwickelt hat und die auch umsetzen möchte. Meiner Meinung nach ist es etwas sehr wissenschaftslastig, also noch nicht sehr praktisch geworden. Ich würde vorschlagen, mit denen Kontakt aufzunehmen und zu sagen, was machen wir denn da, und mit ein paar anderen Akteuren noch. Aber vor allen welche, die das können und sie dazu befähigen. Die Evaluierung war relativ simpel; wir haben die Köpfe gezählt an den Arbeitsplätzen, an Unternehmen, die gegründet worden sind, wie viele da hinterher beschäftigt waren brutto/netto. Wenn man welche aus anderen Gebieten abgeworben hat, dann muss man die entsprechend abziehen. Das war grob geschätzt die Hälfte, das war ein wichtiges Argument, weil häufig das Gegenargument kam, ihr habt die bloß von woanders hergeholt. Das hat leider auch zum Teil gestimmt, aber zur anderen Hälfte nicht. Die Anzahl der Neugründungen und die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in der Region, dann kennen sie die üblichen Quadranten, welches die Wachstumssektoren sind, dann hat man das vorher/nachher evaluiert und dann weiß man, wo man jetzt steht.

Abge. Gudrun Kopp (FDP): Ich habe noch eine Frage an Herrn Prof. Paqué: Ich höre immer wieder von Industrie- und Handelskammern, den dortigen Wirtschaftsförderern, dass sie beklagen, dass die nötige Zusammenarbeit länderübergreifend häufig defizitär ist. D. h., in einem Land wird weiter gefördert und direkt an der Grenze ein ähnlicher Betrieb nicht mehr.

Da kommt es häufig zu Brüchen und zu politischen Verwerfungen und auch wirtschaftlich zu Turbulenzen. Ist Ihnen das auch aus verschiedenen Bundesländern in Deutschland bekannt und was könnte man machen, um länderübergreifend eine bessere Abstimmung zu erzielen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg): Wir sind ein föderalistisches Land. Ein Preis des Föderalismus sind sicherlich gewisse Friktionen, insbesondere dann, wenn es um Steuergelder geht und um eine Art Subventionswettbewerb. Man wird dieses Problem nie ganz in den Griff bekommen, solange wir Situationen haben mit sehr hoher Arbeitslosigkeit wie speziell im mittleren Ostdeutschland. In dem Augenblick, wo es für die politische Bilanz einer Regierung von absolut zentraler Bedeutung ist, wie viele Arbeitsplätze geschaffen wurden, wird alles daran gesetzt, um sie in die eigene Region zu holen. Das führt zum Teil in der Tat zu einem skurrilen Konkurrenzdenken, das sicherlich überzogen ist. Man muss politisch versuchen, das durch eine vernünftige Kooperation hinzubekommen, dass das nicht Überhand nimmt in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, versucht man das gerade im Raum Halle/Leipzig. Mitteldeutscher Wirtschaftsraum ist nicht nur ein Schlagwort. Ich erinnere mich daran in meiner eigenen Zeit als Finanzminister, dass die sehr erfolgreiche DHL-Ansiedlung am Flughafen Leipzig/Halle, die in sehr kooperativer Form eingeworben wurde. Da stand man in direkter Konkurrenz mit Frankreich, mit Brüssel, das war ein harter Standortkampf und dann blieb den beiden Ländern gar nichts anderes übrig, als alles zu machen, um die Investition in den Großraum Halle/Leipzig zu bekommen mit entsprechenden schnellen Genehmigungsverfahren. Das hat funktioniert und auch Folgewirkungen wie z. B. Lufthansa, Cargo etc., man sieht das Logistikzentrum Halle/Leipzig wächst. Es gibt auch Positivbeispiele. Ich bin kein Freund von irgendwelchen zentralistischen Rezepturen, um die gelegentlichen Auswüchse des Konkurrenzdenkens in den Griff zu bekommen. Das hängt sehr stark von handelnden Personen ab, das hängt auch von einem gewissen Vertrauensvorschuss ab, auch von einem Gefühl, ob man in einer Region einfach gar keine Alternative hat. Es ist immer günstig, wenn zwei Großstädte am Rand von zwei Ländern liegen, dann ist es so offensichtlich, dass es sich um einen gemeinsamen Wirtschaftsraum handelt, dann hält sich schon aus Eigeninteresse der blanke Egoismus in Grenzen. Man wird da allerdings kein politisches Allheilmittel finden können, aber ich habe aus der eigenen Erfahrung den Eindruck in den letzten Jahren, dass dieses wirklich extreme „Kirchturmdenken“ doch ein Stück weit abnimmt. Das liegt auch daran, dass sich die Infrastruktur relativ gut entwickelt hat, dass die Reichweite von Arbeitskräften im Pendlerverkehr zugenommen hat, so dass man ganz automatisch ein Stück weit zusammenwächst.

Abge. Sabine Zimmermann (DIE LINKE.): Ich möchte noch einmal auf die Transparenzinitiative auf der europäischen Ebene eingehen. Es gibt immer wieder schwarze Schafe, wobei

ich das nicht ganz nachvollziehen kann, wenn Herr Gießelbach sagt, jeder Bürger kann nachfragen, wie viel Geld an GA-Mitteln abfließen. Ich weiß, wie schwierig das ist, auch als Abgeordnete selbst, dort in Sachsen eine Auskunft zu bekommen. Es gibt Beispiele, wie Dräxlmaier in Zwickau oder auch die Plauener Spitze, die dann abwandern und wirklich mit dem Stichtag des Auslaufens der Fördermittel die Arbeitsplätze verlagern.

Ich möchte noch einmal eine Frage an Frau Dr. Ziegler stellen. Wie sehen Sie die Transparenzinitiative, die auf der europäischen Ebene initiiert worden ist und sollte das schon auch auf uns übertragen werden? Wie ist dazu Ihre Stellungnahme?

SVe Dr. Astrid Ziegler (Hans-Böckler-Stiftung): Im Rahmen dieser Transparenzinitiative hat die Europäische Kommission sich verpflichtet, offen zu legen, welche Begünstigte Geld aus dem EU-Haushalt bekommen. Sie hat eine entsprechende Internetseite eingerichtet und da werden Namen und Beträge auch veröffentlicht, jeder Bürger kann sich darüber informieren. Ab 2008 werden auch Daten von Empfängern von Zuschüssen aus den Europäischen Strukturfonds veröffentlicht und 2009 werden die Empfänger von Geldern der Gemeinsamen Agrarpolitik folgen. D. h., hier haben wir eine komplette Transparenz des Subventionsgeschehens, innerhalb der GRW haben wir das nicht. Ich bin auch überrascht, was Herr Gießelbach eben erzählt hat. Meine Kollegen vor Ort berichten mir eigentlich immer etwas anderes, unabhängig davon, ob es Ost- oder Westdeutschland betrifft. Es ist sehr schwierig, Namen der geförderten Unternehmen oder der Empfänger oder der geförderten Projekte zu bekommen. Da die Durchführungsverordnung der Europäischen Strukturfonds mittlerweile vorsieht, dass die Verwaltungsbehörden auch in Deutschland die Empfänger von Strukturfondsmitteln in Deutschland bekannt geben müssen und wir auch wissen, dass die EFRE-Mittel und die GRW-Mittel immer in Kombination eingesetzt werden, wäre es meiner Meinung nach ein geringer Aufwand, auch die GRW-Mittel-Begünstigten offenzulegen. Dadurch würde man mehr Transparenz in die nationale Wirtschaftsförderung bekommen und würde den Fördermittelmissbrauch einschränken sowie die Förderung von Dummy-Unternehmen leichter aufdecken können.

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Ich wollte noch etwas richtigstellen: Die Transparenzrichtlinie gilt für europäische Mittel, da wird der Unternehmer genannt und die Höhe des Anteils europäischen Geldes, nicht automatisch die Höhe des Anteil nationalen Geldes, nicht dass ich da missverstanden worden bin. Aber es wird an der Stelle zu zusätzlichen Fragen kommen, ist das alles? Und dann werden allgemeine Auskünfte, jawohl, er hat noch zusätzliche Mittel bekommen. Und wir haben noch ein

drittes Instrument, die IZulage. Das alles ist sozusagen „mixed“, um alles transparent zu machen, was hat ein Unternehmen bekommen, und nicht die einzelne Person.

Abge. Sabine Zimmermann (DIE LINKE.): Ich habe noch eine Frage an Herrn Gießelbach oder auch an Frau Dr. Ziegler: Wie Herr Eger eben ansprach, würden die Unternehmen untereinander sagen, warum bekommt der mehr und warum bekommt der mehr. Dann wäre es wohl wichtig, dass wir das Ganze an Kriterien binden, wenn wir diese Vergabe der GA-Mittel machen. Kann man das mit „ja“ oder „nein“ beantworten?

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Eindeutig ist, der Unternehmer bekommt nur die GA-Mittel, die er braucht, um diese Investition an dieser Stelle umzusetzen. Und das ist individuell anders. Ein Unternehmer hat einen höheren Cash-Flow und kann das erwirtschaften, der andere weniger. Man möchte aber die politische Ansiedlung und deswegen kann man das nicht global beantworten.

SVe Dr. Astrid Ziegler (Hans-Böckler-Stiftung): Ich habe in meiner ersten Stellungnahme bereits deutlich gemacht, dass ich schon dafür bin, dass die Transparenzinitiative auch für die GRW umgesetzt werden kann und auch sollte. Damit ein klares „ja“ auf Ihre Frage, dass Unternehmen, Namen und Förderbeträge auch öffentlich gemacht werden sollten.

Abge. Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur IZulage sind ausreichend kritische Worte hier gefallen, so dass ich mir Fragen dazu ersparen kann. Herr Hansen, ich wollte Sie noch einmal auf das Instrument der Wettbewerbe ansprechen, was Sie erwähnt haben. Auch da sehe ich Parallelen zum Gutachten des Berlin-Institutes. Wettbewerbe haben wir schon viele gehabt, „unser Dorf soll schöner werden“, da gibt es nur Gewinner. Die Frage: Sie nehmen dann auch Gewinner und Verlierer in Kauf und vor allen Dingen, worum soll der Wettbewerb gehen? Wollen Sie da ganz eng fokussieren auf eine Branche oder könnte es so ablaufen, dass Wettbewerbe, wie seinerzeit in dem Programmregionen aktiv, was vom Agrarministerium durchgeführt wurde, wo die Regionen sich hinsetzen mussten und sagen, was für Projekte wollen wir fördern, und die dann entsprechend den Zuschlag bekommen haben, wenn sie ein tolles Leitbild und ein gutes Konzept für die gesamte Region entwickelt haben. Da würde ich drum bitten, dass Sie Ihre Vorstellungen nennen und dann noch einmal zu der Frage Nr. 13: Förderung kommunaler und/oder genossenschaftlicher Projekte durch die GA. Das war da abgestellt vor allen Dingen auf alternative Energieerzeugung. Ich gebe ihnen ein Beispiel: Ich bin auf meiner Sommertour auch in der Region Burgwald in Hessen gewesen, und da wollte ein Dorf ein Bioenergie-Dorf werden. Es wollte sich unabhängig machen, dort gab es kommunalen Wald, den sie nutzen wollten. Sie wollten ein Wärmenetz

bauen und waren dann natürlich auf Grund der regionalen Struktur auf Fördermittel angewiesen. Das Bioenergiedorf Jühnde ist auch nicht ohne Fördermittel ins Leben gerufen worden. Die Finanzierung scheiterte – jedenfalls zu dem Zeitpunkt, als ich dort war – daran, dass weder ein kommunales noch ein genossenschaftliches Vorhaben – sie kämpften noch um die Organisationsstruktur – gefördert werden konnten. Vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas sagen, was wir ändern müssten an der Förderkulisse oder an den Bedingungen, um solche Innovationen möglich zu machen.

SV Carsten Hansen (Deutscher Städte- und Gemeindebund): Zunächst zu den Wettbewerben: Grundsätzlich halten wir Wettbewerbe in der Tat für ein geeignetes Instrument, um diejenigen anzusprechen, die aktiv sind und die sich bemühen ein Konzept umzusetzen. Das heißt aber noch nicht, dass jeder Wettbewerb – Sie haben es völlig richtig gesagt – per se zu begrüßen ist. Jeder Wettbewerb bedeutet natürlich auch klassischerweise, wenn man ein bestimmtes Ziel des Wettbewerbes herausstellt und die entsprechenden Kriterien aufstellt – was natürlich Voraussetzung ist – bedeutet jeder Wettbewerb auch, dass bestimmte andere Ziele und andere Kriterien nicht zur Anwendung kommen. Und insofern, ich hatte es in der ersten Runde gesagt, wir halten eine integrierte Förderung mit einem breiten Ansatz für richtig, daher bedeutet ein Wettbewerb automatisch auch eine Verkürzung, eine Verringerung der Fördermöglichkeiten. Insofern ist es erforderlich, dass man eben nicht sektoral Wettbewerbe beschreibt, nicht einen einzelnen Zielzustand beschreibt auf der ganz konkreten Ebene, einen bestimmten Cluster herausnimmt und dazu einen Wettbewerb durchführt, sondern es muss ein qualitatives Ziel sein, sei es die Anzahl von Arbeitsplätzen, sei es die dauerhafte Vernetzung von bestimmten Unternehmen, sei es die Entwicklung des regionalen BIP. Da können natürlich die Länder, die in der Regel die Wettbewerbe umsetzen, erheblich freier sein. Insofern, ganz klare Antwort: Wenn sie als Beispiele die Extremposition nehmen „Unser Dorf soll schöner werden“ einerseits und „Region aktiv“, dann schwebt uns natürlich „Region aktiv“ vor.

Das zweite ist, sie haben nach den erneuerbaren Energien gefragt und das Beispiel genannt, dass weder eine Genossenschaft noch ein kommunaler Träger gefördert werden konnten. Das einzelne Beispiel kenne ich nicht: Grundsätzlich halten wir es für erforderlich, wenn ich auf die instrumentelle Ebene kommen darf, dass wir ein Förderinstrumentarium zur Anwendung bringen, welches ein bisschen modernisiert ist im Gegensatz beispielsweise zur einer normalen Investitionsförderung. Damit meine ich, dass auf europäischer Ebene moderne Finanzierungsinstrumente eingesetzt werden für den Bereich der Stadtentwicklung beispielsweise JESSICA. Das bedeutet, es werden Fonds aus Fördermitteln, auch aus Eigenmitteln von den zu fördernden Unternehmen gebildet, diese Fonds vergeben Kredite und aus der Rückzahlung wird der Fonds wieder gespeist. Da fragen wir uns natürlich, warum wird

das im Bereich der Stadtentwicklung gemacht, aber warum gibt es so etwas nicht auch im Bereich der Regionalentwicklung. Da sehen wir ein zukunftsfähiges Instrument und da würde dann auch so ein Grund, wie Sie ihn nannten, dass ein bestimmter Träger nicht gefördert werden kann, der würde dann obsolet werden, weil natürlich jeder, der Mittel einbringt, auch berechtigt wäre, Förderung in Anspruch zu nehmen.

Abg. Albert Rupprecht (Weiden): Die erste Frage richte ich an Herrn Prof. Paqué: Frau Dr. Ziegler hatte formuliert, sie würde sich wünschen, dass weitere politische Ziele in die Förderung mit einfließen neben der Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen. Sie haben auf der anderen Seite formuliert, dass ein unbürokratisches Verfahren entscheidend ist, deswegen die Frage an Sie: Erwarten Sie, wenn man Förderung mit weiteren politischen Zielen versehen würde, ob dann die Wirkung der Instrumente dadurch steigen oder im Gegenteil abnehmen würde.

Die zweite Frage ebenfalls an Herrn Prof. Paqué und Herrn Eger: Es wurden – wenn ich es richtig verstanden habe – zwei Ansätze vertreten, auf der einen Seite Herr Hansen, der sagt, wir brauchen einen Förderinstrumentenmix, der auch weitere Vorschläge hat für Förderinstrumente, die denkbar und wirkungsvoll wären. Auf der anderen Seite wurde mehrfach angesprochen, dass bestehende Förderinstrumente in der Relation zur GA-Förderung weniger effektiv seien. Daraus ziehe ich den Schluss, dass es sinnvoll sein müsste, so etwas wie die I-Zulage, wie EFRE, wie andere europäische Mittel beispielsweise entweder umzuschichten oder unter Umständen in Gänze aufzugeben und zu integrieren in die GA-Förderung. Nach meinem Verständnis sind dies zwei unterschiedliche Ansätze. Trotzdem noch einmal zum Verständnis: Die I-Zulage wurde mehrfach angesprochen, deshalb an Herrn Prof. Paqué und Herrn Eger die Frage: wäre es Ihrer Einschätzung nach vernünftig Mittel umzuschichten, weg von der I-Zulage und andere, hin zum scheinbar sehr effektiven Instrument der GA-Förderung? Letzte Frage an alle Sachverständigen zur Quintessenz zur GA-Förderung, wenn Sie in einem Satz formulieren sollten: Was ist das Wesentliche, was sollte man in der GA-Förderung machen, um die Wirksamkeit noch zu verbessern?

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg): Das waren drei Fragen von Herrn Rupprecht, zunächst zu den zusätzlichen Zielen: Da sage ich ganz offen, dass ich da sehr skeptisch bin. Ich glaube, dass durch eine Zielüberfrachtung ein im Wesentlichen wirtschaftliches Instrument an Effektivität verliert, weil der Prüfungs- und Verwaltungsaufwand überproportional zunimmt, wenn man mehr Ziele berücksichtigen muss. Ich wäre da anderer Ansicht als Frau Dr. Ziegler, natürlich auch aus der Sicht eines Volkswirten oder Ökonomen, der bei den hier in Rede stehenden Instrumenten klar die Priorität auf der Wirtschaftsförderung, auf der Beschäftigungsförderung sieht.

Punkt Zwei: Der Mix. Es sind im Wesentlichen drei Instrumente, die Investitionszulage, die GA und EFRE. An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf die Diskussion von vorhin zurückkommen, was die Investitionszulage betrifft. Ich sehe das nicht ganz so negativ, wie das vorher anklang, denn ich glaube, dass die Investitionszulage – was den bürokratischen Aufwand und das Element der Verlässlichkeit betrifft, das ist ja ein Rechtsanspruch – auch ihre sehr guten Seiten hat. Man bezahlt es natürlich dadurch, – zumindest auf dem Papier – dass Mitnahmeeffekte schwerer zu bekämpfen sind. Allerdings wäre ich, anknüpfend an das, was Herr Gießelbach gesagt hat, vielleicht etwas skeptischer als er, was das Ausschließen von Mitnahmeeffekte bei der GA betrifft. So einfach ist das nicht, man kann letztlich nicht in die betriebswirtschaftlichen Kalkulationen der Unternehmen hineinblicken und wer weiß letztlich genau, ob eine GA-Förderung gewissermaßen marginal oder intramarginal ist, ob sie wirklich die Entscheidung beeinflusst, aber das ist ein komplexes Thema. Wie groß der Unterschied in der Effektivität zwischen Investitionszulagen und GA ist, erscheint mir offener, als es vorhin vielleicht den Eindruck machte. Die Investitionszulage hat auf der anderen Seite den Vorteil, dass sie sehr unbürokratisch ist. Es ist eine politische Frage, zu der ich mich hier nicht positioniere, in welche Richtung man gehen sollte. Es spricht vielleicht manches dafür, die Investitionszulage zurückzufahren, zumal sie eben auch ein rein ostdeutsches Instrument ist, während im GA-Bereich auch Regionen mit schwerwiegenden Strukturproblemen in Westdeutschland bedacht werden, die es selbstverständlich auch gibt. Das zu dem Mix.

Was eine Integration von GA und EFRE betrifft, das muss man politisch sehr wahrscheinlich ganz nüchtern sehen. Die EU sucht natürlich nach Aufgaben und da die Bedeutung der Agrarpolitik relativ abnimmt, wird es sicherlich keine Bewegung in eine Richtung geben, dass sie sich diese Instrumente aus der Hand nehmen lässt. Wir werden mit diesem Dualismus der Instrumente leben müssen, wir können auch damit leben, solange wir vernünftige Höchstgrenzen der Förderung haben, die allerdings nicht überschritten werden sollten, sonst haben wir hier bodenlose Subventionslöcher. Aber das ist in der Praxis eben nicht der Fall, das funktioniert auch. Letzter Punkt: was sollte man verbessern bei der GA? Meine kurze Antwort darauf ist: Bürokratie minimieren.

SV Gerold Eger (Regierung der Oberpfalz): Ich fange an mit der Integration GA-/EFRE-Mittel. Ich weiß nicht, ob es unbedingt sein müsste, dass man die EFRE oder die EU-Mittel insgesamt von vorneherein schon in die GA einarbeitet, man kann das auf der Ebene der Entscheidung dann machen. Also, wir kombinieren sowieso GA- mit EFRE-Mittel, weil uns die GA-Mittel alleine gar nicht ausreichen würden. Insofern besteht die Integrationsmöglichkeit auf der Ebene der Verwaltung, und ich glaube auch, dass es wahrscheinlich von der EU

benutzt werden würde, wenn man es gleich in die GA mit einarbeitet, dort entsprechend noch mehr als bisher schon üblich mitreden zu wollen. Das Instrument EFRE auf der einen Seite, das Instrument GA, das ohnehin EU-kontrolliert ist, auf der anderen Seite kann durchaus nebeneinander bestehen, solange man diese Kombinationsmöglichkeit hat, selbstverständlich im Rahmen der Höchstförderung. Es ist keine Kumulierung der Fördersätze, sondern es ist immer nur eine Kofinanzierung innerhalb der höchstmöglichen Fördersätze, so dass hier keine Gefahr besteht, dass Wettbewerbsverzerrungen im Sinne einer Überschreitung der Förderhöchstsätze passieren können. Die Investitionszulage ist natürlich ein bestehendes Förderinstrument aus der Sicht eines Unternehmers oder eines Antragstellers, er hat sie steuerfrei, er hat sie auch unabhängig von einer Mittelsituation oder von Haushaltsverhandlungen usw.. Es besteht ein Rechtsanspruch darauf und er hat sie relativ schnell und unbürokratisch. Die Mitnahmeeffekte wären aus unserer Sicht sehr groß, insbesondere die großen Firmen würden davon sehr stark profitieren, sie stellen ihren Antrag auf relativ einfache Weise, und bekommen – wie Sie schon sagten, Geld dazu, obwohl es vielleicht gar nicht notwendig wäre – also der Mitnahmeeffekt wäre ziemlich ausgeprägt.

Und was ganz wichtig ist, die kleinen und mittleren Unternehmen, die wir eigentlich besonders im Fokus haben sollten oder wollen, die würden, ich möchte nicht sagen schlechter behandelt, die würden ja auch die Fördersatzzulage bekommen, nur sie tun sich insgesamt etwas schwerer, sie haben keine Stabstellen, die Anträge bearbeiten, sie sind auf die Beratung durch die Verwaltung angewiesen. Und ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich machen, dass wir gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sehr stark beraten, weil diese Unternehmen es am nötigsten haben. Die großen Unternehmen können sich Stabstellen dazu anschaffen, die kleinen nicht. Wenn ich noch eines richtig stellen darf, wir haben seit 2006 die Investitionsuntergrenze auf 250.000 € herabgesetzt und wir haben im Tourismusbereich die Schwelle auf 100.000 € herabgesetzt, so dass durchaus kleine und mittlere Unternehmen in den Genuss der Förderung kommen können. Wir beraten gerade in diesem Bereich unsere Klienten sehr stark, so dass niemand Angst haben muss, aufgrund einer überbordenden Bürokratie einen Antrag nicht stellen zu können bzw. nicht durchzubringen. Wenn sich jemand über diese Bürokratie beklagt, dann bitten wir auch darüber nachzudenken, wie es denn wäre, innerhalb eines Tages, das ist hochgerechnet, für diesen Antrag zu stellen oder auszufüllen 100.000 €, 200.000 € oder 500.000 € zu verdienen. Da müsste man schon sehr viel Umsatz generieren, um so etwas hinterher als Umsatzrendite erzeugen zu können. Man muss das schon ein bisschen ins Verhältnis setzen. Der bürokratische Aufwand, der oft beklagt wird, ist so hoch nicht, wie er nach außen manchmal dargestellt wird.

Zur Wirksamkeit der GA, wie könnte man sie verbessern? Aus unserer Sicht durch den Bürokratieabbau natürlich, aber auch, und ich muss das noch einmal wiederholen, vielleicht dadurch, dass man die Planbarkeit ein bisschen verlängert. Zur Zeit ist es so, dass wir regelmäßig jedes Jahr im November Haushaltsmittel aus irgendwelchen Rückflüssen zurückbekommen, die dann unter hohem Zeitdruck umschichten und neu verteilen müssen, damit sie noch in diesem Jahr abgerufen werden, um nicht zu verfallen. Wenn wir da von Anfang an etwas mehr Planungssicherheit hätten, dann würde uns das nicht nur in der Verwaltung, sondern auch bei den Unternehmen weiterhelfen. Sie haben die VE angesprochen, für einen kleinen oder mittleren Betrieb ist eine VE 2010 – wir sind heuer im Jahr 2007 – also in den Jahren 2008, 2009 und 2010, eigentlich uninteressant, weil, wenn er das zwischenfinanzieren muss bis 2010, dann ist der Effekt der Förderung schon fast wieder verpufft, sodass wir uns hier doch ein bisschen mehr Planungssicherheit, vielleicht auch ein bisschen mehr Haushaltsmittel am Anfang des Jahres und nicht erst sozusagen kurz vor Toresschluss wünschen würden, das würde uns sehr weiterhelfen. Ich glaube auch, dass das die Wirksamkeit der GA erhöhen würde, weil sich dann auch für die Unternehmer die Planbarkeit erhöhen würde.

SVe Dr. Astrid Ziegler (Hans-Böckler-Stiftung): Weiterentwicklung GRW in einem Satz: Wenn man das Ziel der Beschäftigung im Rahmen der GRW ernst nehmen will, bedeutet Beschäftigung nicht nur Arbeitsplatz, sondern es kommt auch im Rahmen der geschaffenen Arbeitsplätze auch auf die Arbeit an sich an, dass die GRW auch gute Arbeit fördert.

SV Carsten Hansen (Deutscher Städte- und Gemeindebund): Die Verbesserung der GRW halten wir für insoweit für schwierig, als dass wir zwei Vorschläge hätten, die nur sehr schwer mit den geltenden Regeln übereinstimmen. Weil die Definition von Strukturschwäche der Ansatzpunkt ist, glauben wir, dass eine Ergänzung um Aspekte, die strukturelle Probleme beinhalten, die aber nicht so großräumig auftreten, dass es bei der Fördergebietsskizze passt, eine gute Ergänzung wäre. Leider haben wir dann aber Probleme mit dem Fördergebieten-Plafonds und der Bevölkerung, insofern würde eine analoge Geltung wie die GA auch sehr hilfreich sein. Ansonsten hätten wir die Fragestellung: Muss es immer bei dem Exportbaskonzept bleiben oder kann man regionale, die berühmten endogenen Wirtschaftskreisläufe, nicht auch mit einbeziehen.

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Bei mir ist es relativ einfach: Aufstockung der GA-Mittel beim strikten Festhalten des Primäreffektes, was ich volkswirtschaftlich für sinnvoll halte.

SV Georg Werckmeister (Deutsches Innovationsforum): Die Anwendung und die Inanspruchnahme der neuen nichtinvestiven Instrumente organisiert und systematisch voranbringen.

SV Dr. Mirko Titze (Institut für Wirtschaftsforschung Halle): Ich habe drei Punkte: Erstens: dass man nicht zu viele Sekundärziele versucht mit der Gemeinschaftsaufgabe zu verfolgen. Der Fokus liegt am Ende auf der Förderung von Investitionen und Beschäftigungseffekten, so soll es auch bleiben. Zweitens: Sofern langfristig wirkende Nachbarschaftseffekte nachweisbar sind, sollte man eine Fokussierung der Mittel anstreben und zwar auf zukunftsfähige Wirtschaftszweige in stark wachsenden Regionen. Drittens: Die Förderung muss der Ausnahmefall sein und nicht die Regel.

Abge. Rita Pawelski (CDU/CSU): Zwei Fragen an Herrn Gießelbach und Herrn Prof. Paqué: Aus einer Kurzauswertung des Landes Niedersachsen geht hervor, dass bei den geförderten Betrieben die Überlebensfähigkeit besser ist, das geht auch aus einigen Antworten hervor, dass die Performance der geförderten Unternehmen besser ist. Hier steht auch, dass in Niedersachsen der Zeitraum erstaunlich kurz ist, in dem verlorene staatliche Zuschüsse regional durch steigende Arbeitnehmereinkommen, Lohnsteuermehraufkommen und Sozialversicherungsbeiträge refinanziert wird. Sie sprechen hier von einem Zeitraum von drei bis vier Monaten. Ist das in den neuen Bundesländern genauso, verhält sich das da genauso? Und die zweite Frage, ich erinnere mich an einen Artikel, den ich vor Monaten im Stern gelesen habe, er hieß so ähnlich wie „Lasst die Wölfe wieder in das Land“. Da wurde sehr kritisch darauf hingewiesen, dass aufgrund der Wegzüge und auch aufgrund der demographischen Entwicklung wir gerade in den neuen Bundesländern menschenleere Räume haben. Aber in diesen Räumen wurde auch durch die GA-Förderung eine Infrastruktur aufgebaut, die sich als überdimensioniert herausstellt und viele Kosten verursacht. Meinen Sie, dass man es überhaupt akzeptieren kann, wenn die Infrastruktur, die da ist, auch durch GA-Mittel wieder rückgebaut werden könnte, damit man diese vielen Kosten reduziert?

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Ich möchte zu den volkswirtschaftlichen Abläufen einiges sagen. Natürlich ist die Untersuchung, was für Steuern wieder hereinkommen in einer Region, Lohnsteuer, Arbeitslosengeld II, zu verhindern etc. volkswirtschaftlich von großer Bedeutung. Wir können nicht die Quote zwischen drei bis sechs Monaten Rückfluss der GA haben, weil wir als Ziel-I-Fördergebiet natürlich einen höheren Fördersatz nehmen können, als die Kollegen in Niedersachsen, deren Quote deutlich geringer ist. Aber im Kern stimmt das, deswegen setze ich mich auch für die Beibehaltung des Primäreffektes ein.

Zur GA-Infrastruktur, was ist das denn? Die Verkehrsinfrastruktur ist nicht die GA-Infrastruktur. Wenn wir über GA-Infrastrukturen reden, reden wir über ein paar Beispiele, dann ist das ein erschlossenes Gewerbegebiet oder ein Hafen, ein Flughafen oder eine Technologiezentrum. Ich sehe an diesen Stellen keine Rückbaunotwendigkeit, weil wir die Investitionen an dieser Stelle brauchen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg): Zum ersten Punkt kann ich mich meinem Vorredner nur anschließen. Ich weiß nicht von einer Untersuchung, die die Monate, die in Niedersachsen ermittelt wurden, bestätigen könnte. Ich werde aber mal nachfragen im Ministerium. Es wird sicherlich länger sein aufgrund der Ziel-Förderungsstruktur. Ich weise noch einen Punkt hin, man muss bei solchen Studien natürlich immer vorsichtig sein, auch zu welchem Zeitpunkt das ermittelt wurde. Es ist eine ganz andere Situation, wenn sie eine relativ gute Konjunktorentwicklung haben und sie gewissermaßen in einen fahrenden Wachstumszug mit einer Forderung springen, als wenn die gesamtwirtschaftliche Lage Stagnationszüge hat, wie es über lange Zeit der Fall war. Wir haben die Wachstumsbeschleunigung erst in den letzten zwei bis drei Jahren, dann können sie zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Man muss dann natürlich sehr vorsichtig sein, was da genau gemessen wird, ob das wirklich die Effektivität des Instruments ist. Es ist immer nur die bedingte Effektivität in der gegebenen wirtschaftlichen Lage und ich würde davor warnen, daraus zu schnelle Schlussfolgerungen zu ziehen.

Der zweite Punkt: „Lass die Wölfe ins Land“, wir haben in der Tat natürlich Gebiete in Mittel- und Ostdeutschland, allemal in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch im nördlichen Sachsen-Anhalt, die sehr dünn besiedelt sind – waren sie übrigens immer – aber hier stellen sich die üblichen Fragen, was man in dünn besiedelten Regionen macht. Ich warne aber vor einer überzogenen Sicht in dieser Hinsicht. Wir haben also gerade für die Altmark in Sachsen-Anhalt, nördlicher Teil des Landes, gibt es in der westlichen Altmark z. B. eine ganze Reihe von Gemeinden, die außerordentlich erfolgreich sind. Ein bekanntes Beispiel ist die Kleinstadt Gardelegen, die noch nicht einmal so verkehrsmäßig günstig liegt, aber gut erschlossen ist, einen Bürgermeister, einen guten Wirtschaftsförderer hat, das Gewerbegebiet ist voll, Wolfsburg ist nicht allzu weit. Es hat sich dort längst eine ganz vernünftige regionale Arbeitsteilung auch mit den niedersächsischen Zentren entwickelt. Das kommt auch immer auf die Eigeninitiative der politisch Tätigen an, ob man es auch in solch benachteiligten, dünn besiedelten Regionen zu entsprechenden Wachstumsimpulsen bringt. Abgesehen davon, Herr Gießelbach hat es ja gesagt, dass die eigentliche GA-Frage keine direkte Infrastrukturfrage ist, sind natürlich die Erschließungen, die in diesen Regionen gemacht wurden, perspektivisch durchaus sinnvoll. Wo wir diese massiven Überinvestitionen entsprechende Folgekos-

ten haben, das ist bei unmittelbar wachstumsabhängigen Kapazitäten, ein gutes Beispiel sind die Kläranlagen, die in den frühen 90er Jahren völlig überdimensioniert gebaut wurden und den Kommunen jetzt enorme Fixkosten „servieren“, da ist ein Fehler gemacht worden, weil man von ganz anderen Wachstumsprognosen ausging. Für die Verkehrswege würde ich das allerdings nicht sehen, selbst in dünn besiedelten Regionen sind das typischerweise auch Transitstrecken, die auch in einem übergeordneten Verkehrskonzept ihren Sinn haben.

Abg. Andreas Lämmel (CSU/CSU): Ich möchte abschließend noch eine Frage stellen, haben bei der GA die Abgrenzung der Fördergebietestruktur bis 2013 mit einer möglichen Überprüfungs Klausel und wir haben erstmalig vier Kriterien, die für die Abgrenzung herangezogen werden. Wenn ich mir auf der europäischen Ebene anschau, dann ist die Abgrenzung der Fördergebiete auf europäischer Ebene nur charakterisiert durch das Erreichen des durchschnittlichen Wertes des Bruttosozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung. Das hat zu der illustren Situation geführt, dass z. B. der Raum Leipzig aus der Förderpriorität der EU herausgefallen ist und das schreibt Herr Dr. Titze auch in seiner Stellungnahme, ohne dass sich substantiell etwas geändert hat, sondern durch das Hinzukommen von neuen Staaten innerhalb der Europäischen Union ist der Durchschnitt insgesamt nach unten gegangen und damit ist praktisch Leipzig einfach nur über die Grenze gerutscht. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass die sogenannten NUTS II-Regionen schlecht geschnitten sind. Also Leipzig ist nie besser als z. B. die Region Dresden, aber die Region Leipzig ist einfach kleiner als die Region Dresden, und damit steht sie besser da. Das zeigt, dass ein Kriterium alleine die Fördergebiete nicht charakterisieren können. Meine Frage wäre jetzt an Herrn Dr. Titze und Herrn Gießelbach: Reichen die vier Kriterien aus, die wir in Deutschland haben zur Abgrenzung der GA, und sollten man nicht auch auf europäischer Ebene unbedingt anstreben, dass man bei der Abgrenzung der Fördergebiete dringend mehr Kriterien heranziehen muss, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region zu beurteilen und natürlich auch die Größe von Regionen so vergleichbar schneiden muss, dass man auch davon ausgehen kann, wenn man verschiedene Regionen vergleicht, dass sie auch vergleichbar sind.

SV Dr. Mirko Titze (Institut für Wirtschaftsforschung Halle): Zu der Abgrenzung der Fördergebietskulisse nach GRW ist zu sagen, das wird anhand der von Ihnen angesprochenen vier Kriterien durchgeführt und diese Kriterien werden auch heiß diskutiert. Es gibt einen Aufsatz, wo das sehr intensiv besprochen wird, dass man von dieser Definition an Kriterien abrücken sollte. Das hängt damit zusammen, dass sich von diesen vier Kriterien einige gegenseitig bedingen, da habe ich quasi eine Wirkung zwischen den Kriterien drin. Was Sie ansprechen mit der Fördergebietskulisse der Europäischen Union, das ist natürlich ein sehr interessantes Thema. Sie haben vollkommen recht, in der NUTS-Region Dresden gibt es –

wirtschaftlich gesprochen – genug dunkle Ecken, die das entsprechende Kriterium so gering werden lassen, dass Dresden kurioserweise weiter Ziel-I-Fördergebiet ist und Halle, Leipzig und Brandenburg-Südwest sind Phasing-Out-Gebiete, was natürlich nicht über die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen Auskunft gibt. Überhaupt wird die gesamte EU-Strukturpolitik meines Wissens im nächsten Jahr bzw. in den nächsten zwei Jahren im sogenannten midterm-review diskutiert. Es gibt diverse Ansätze z. B. von André Sapir, wie die EU-Strukturpolitik insgesamt umzustellen ist. Das hängt einfach damit zusammen, weil die Strukturfondsförderung, so wie sie jetzt durchgeführt wird, in Zukunft politisch nicht machbar ist. Entweder es wird zu teuer, oder man würde Regionen aus der Förderung entlassen, das ist auch nicht machbar. Da besteht intensiver Diskussionsbedarf, wobei es natürlich schwierig ist, hier geeignete Kriterien zu finden. Am Ende muss man sich in den 27 Teilnehmerländern auf eine Definition von Kriterien verständigen, und das ist ein ziemlich schwieriger politischer Prozess. Das hängt auch damit zusammen, weil die Forschung in diesem Bereich von dynamischen Wachstumsregionen und Abstrahlungseffekten noch nicht gänzlich abgeschlossen ist. Es wäre unseriös, Ihnen hier Kriterien zu benennen, anhand derer man die Förderbedürftigkeit von Regionen beurteilen soll.

SV Roland Gießelbach (Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern): Ich möchte auf eine politische Frage zurückkommen: Will man Regionalpolitik für die Bundesrepublik Deutschland zukünftig ausschließlich von Europa bestimmen lassen? Denn das ist der Streit im Kern bei der Fördergebietskulisse, wir sprechen über eine nationale Förderung der GRW mit durchaus anderen Flecken als sie sich in der Fördergebietskulisse Europa vorstellt. Ich kann die Bundesregierung nur ermuntern, weiter für das Mitgliedsland Bundesrepublik Deutschland zu kämpfen, um auch nicht in unendliche Abhängigkeit einer Strukturpolitik von Europa zu geraten, die in einem wachsenden Europa sehr diffus organisiert sein wird, weil man viele Mitgliedstaaten überzeugen muss. Deswegen sage ich Ihnen meine Einschätzung: Es gibt die politische Gefahr, überhaupt keine nationale Förderung zu machen und das gilt übrigens nicht nur für das Territorium Ostdeutschland, sondern natürlicherweise auch, denkt man an die Infrastrukturförderung, die keine großen Beihilfewerte hat, wenn überhaupt in wesentlichen Teilen eines Umstrukturierungsprozesses in Westdeutschland.

SV Carsten Hansen (Deutscher Städte- und Gemeindebund): Vielen Dank, dass ich so ungefragt zu Wort kommen darf. Erstens möchte ich Sie ganz stark unterstützen, wir müssen uns Gedanken machen, ob auch nationale Förderung noch weiterhin möglich sein würde, wenn das alles so weiterläuft über die EU. Andererseits möchte ich aber auch darauf hinweisen, dass wir eine sogenannte horizontale Förderung über die EU-Strukturfonds ebenfalls haben, die wir nicht außer acht lassen sollten. Diese horizontale Förderung, das heißt im

gesamten Gebiet der Europäischen Union, also natürlich auch außerhalb der besonders strukturschwachen Regionen in Deutschland, können bestimmte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung durchgeführt werden unter der Investitionsförderung, die sind relativ breit aufgestellt, es geht um die Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen, also das, was uns wirklich interessiert. Und hier haben die Mitgliedstaaten einen größeren Spielraum, das konkret national auszufüllen. Nur bedauerlicherweise ist gerade dieser Teil bei den letzten Haushaltsverhandlungen der EU bemerkenswert schmal ausgefallen. Da wäre dann vielleicht auch noch eine Handlungsmöglichkeit.

Die **Vorsitzende**: Damit wären wir am Ende der heutigen Ausschussanhörung angekommen. Ich darf den Sachverständigen ganz herzlich danken, natürlich auch meinen Kolleginnen und Kollegen. Der Dank geht deshalb an Sie, weil wir am Donnerstag in der abschließenden Beratung den Antrag der Koalitionsfraktionen eben zur GA beschließen wollen. Und ich denke, wenigstens für die Diskussion im Plenum haben Sie uns heute doch einiges Denkbare mitgegeben und für die weitere Arbeit in unserem Unterausschuss sicherlich auch. Herzlichen Dank.

Ende der Sitzung: 15:47 Uhr

zo/sa/fl